

Das Magazin der GIZ

akzente

Rohstoffe

Ressourcenreichtum – Fluch oder Segen?

WEITERE THEMEN:

Kontinent der Zukunft: Junge Führungskräfte aus Afrika bilden sich in Deutschland weiter.

Justizreform: Fortschritte in Armenien, Aserbaidschan und Georgien

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Dorothee Hutter,
Leiterin Unternehmenskommunikation

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

woran denken Sie, wenn Sie Ihr Mobiltelefon nutzen? An die vielfältigen Funktionen, die Ihnen Ihr Gerät bietet? An die Möglichkeit, überall und jederzeit Ihre E-Mails abzurufen? An das nächste Funkloch? Oder an Coltan, Kobalt und Palladium? Seit einiger Zeit tauchen Begriffe wie diese vermehrt in der Berichterstattung auf. Und erscheinen Sie uns noch so fern, sie sind es nicht. Wir tragen sie täglich bei uns, sind es doch Rohstoffe, die zu den wichtigen Bestandteilen vieler Hightechprodukte zählen. Beim Thema Rohstoffe fallen den meisten zunächst der Gold- und Silber-Boom ein, die Knappheit fossiler Brennstoffe, dann aber auch die weltweite Suche nach Seltenerdmetallen, die für den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt benötigt werden. Und der Wunsch, dass die teilweise enormen Einnahmen aus der Rohstoffgewinnung den Menschen in den jeweiligen Förderländern zugutekommen.

Im Auftrag der Bundesregierung berät die GIZ Partnerländer auf dem Weg zu einer größeren Transparenz im Rohstoffsektor. Was noch alles getan wird, damit Öl, Gold und Co. nicht zum Fluch, sondern zum Segen für die betroffenen Staaten werden, lesen Sie in unserem „akzentuiert“-Beitrag, dem Schwerpunkt des vorliegenden Heftes. Einen ganz anderen Blick bietet der Schriftsteller José Eduardo Agualusa aus Angola.

Darüber hinaus erfahren Sie unter anderem, was „Afrika kommt!“ bedeutet, wie in Mittelamerika Katastrophenvorbeugung betrieben wird und wie junge Menschen mit der GIZ Auslandserfahrung sammeln.

Eine interessante und spannende Lektüre!

A handwritten signature in blue ink that reads "Dorothee Hutter". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dorothee Hutter



10

ROHSTOFFE: Ressourcenreichtum – Fluch oder Segen?



06

KONTINENT DER ZUKUNFT: Junge Führungskräfte aus Afrika bilden sich in Deutschland weiter.



28

JUSTIZREFORM: Fortschritte in Armenien, Georgien und Aserbaidschan

TITELMOTIV: CORBIS/IRON CHAPPEL

LOKALISIERT

Kurzmeldungen aus aller Welt 4
 Projekte, Veranstaltungen und Initiativen

EXPONIERT

Kontinent der Zukunft 6
 Junge Führungskräfte aus Afrika bilden sich in Deutschland weiter.

AKZENTUIERT

Rohstoffe 10
 Ressourcenreichtum – Fluch oder Segen?

KOMMENTIERT

Unmenschliche Ressourcen zu menschlichen machen 24
 Der angolische Schriftsteller José Eduardo Agualusa über die Bedingungen für eine sinnvolle Nutzung von Ressourcen

FOTOGRAFIERT

Die Dinge sichtbar machen 26
 Die kongolische Band Staff Benda Bilili

ENGAGIERT

Auf dem Weg zum Rechtsstaat 28
 Justizreform in Armenien, Aserbaidschan und Georgien schreitet voran.

Mit wenig Geld viel bewegen 33
 Mikrokredite ebnen Menschen in Uganda den Weg in die Zukunft.

Gewappnet für die Katastrophe 36
 Menschen in El Salvador und Guatemala trotzen der Natur.

PORTRÄTIERT

Mit Leidenschaft am Werk 40
 Hanna Schulze besuchte Mamta Marwah in Delhi.

Fünf mal eins 41
 GIZ-Mitarbeiter verraten, was ihnen beim Einkauf wichtig ist.

ERKLÄRT

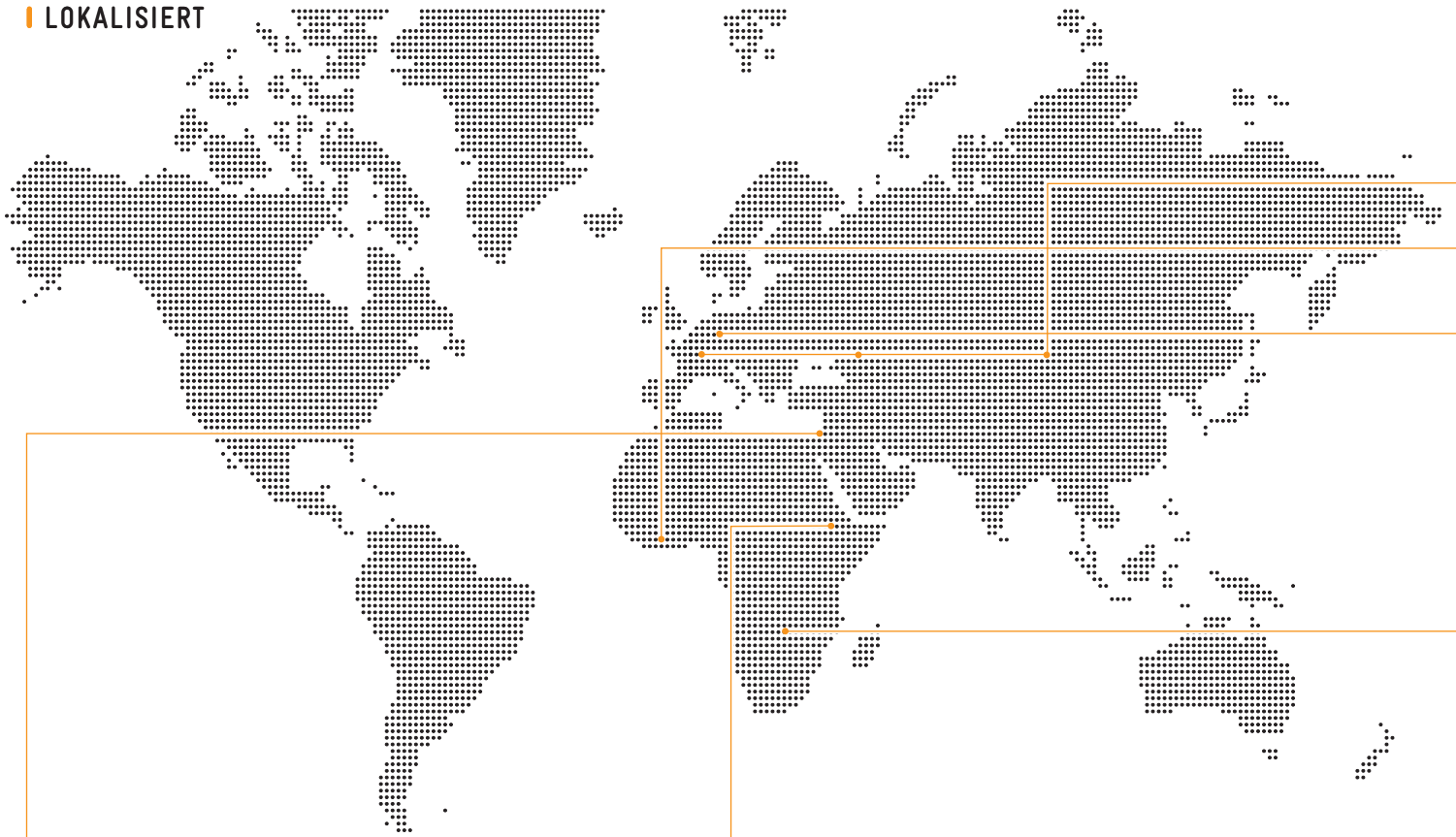
Die ganze Welt in der Hand 42
 Die Informations- und Beratungsstelle der GIZ in Bonn berät über berufliche Aus- und Weiterbildung im Ausland.

SERVICE

Literaturtipps 45
 Neue Literatur aus aller Welt und Publikationen der GIZ

Veranstaltung 46
 Arabische Literaturtage in Frankfurt am Main

Vorschau 46
 Autoren und Fotografen dieser Ausgabe, Impressum 47



GAZASTREIFEN

Neuer Mut für junge Lebenskünstler

Der Gazastreifen zählt zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Erde. Das tägliche Leben ist hart. Vielen Jugendlichen bieten Sommercamps, die die GIZ im Auftrag des BMZ durchführt, Abwechslung und zeigen zudem Perspektiven für eine bessere Zukunft auf. Kunst und kulturelle Aktivitäten als wichtige Mittel zur psychosozialen Unterstützung stehen hierbei im Mittelpunkt. Am diesjährigen Sommercamp nahmen insgesamt 800 Jugendliche teil. Sie nutzten dabei die vielfältigen Möglichkeiten, sich kreativ auszuprobieren und voneinander zu lernen. Neben Workshops zu sozialem Engagement und beruflichen Fortbildungen prägten Theateraufführungen, Gedichte und Hip-Hop das rund vierwöchige Programm der Sommercamps – alles geschaffen von den Jugendlichen selbst. Im kommenden Jahr wollen die lokalen Partner gemeinsam mit der GIZ erneut in die Sommercamps einladen.



Kreative Freizeitgestaltung im GIZ-Sommercamp im Gazastreifen

ÄTHIOPIEN

Stabil durch die Krise



Über 300 Finanzexperten aus 40 Ländern trafen sich am 15. und 16. September 2011 auf dem Forum der Making Finance Work for Africa Partnership (MFW4A) in Äthiopien, um über die Weiterentwicklung der Finanzmärkte in Afrika zu diskutieren. Auf der Veranstaltung wurde auch die Publikation „Financing Africa – Through the Crisis and Beyond“ vorgestellt, die von der Afrikanischen Entwicklungsbank, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Weltbank herausgegeben wird. MFW4A ist eine Initiative, die die Entwicklung des afrikanischen Finanzsystems unterstützt. Sie bietet eine Plattform für afrikanische Regierungen, Unternehmen und Entwicklungsorganisationen, um Maßnahmen auf dem ganzen Kontinent zu koordinieren.

www.mfw4a.org/2011forum

AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

Mit Hightech zum Erfolg



Cashewbaum mit Früchten – den sogenannten Cashewäpfeln.

In der Region Brong-Ahafo im Westen Ghanas ist die Wenchi Cashew Union beheimatet. Im Rahmen der „African Cashew Initiative“ (ACi), die vom BMZ, von der Bill & Melinda Gates Foundation sowie zahlreichen Unternehmen aus Europa und den USA finanziert wird und die Bauern dabei unterstützt, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, testet die Kooperative derzeit eine vom Softwarehersteller SAP entwickelte Anwendung. Sie basiert auf Smartphones und Laptops und soll die Cashew-Wertschöpfungskette transparenter und effizienter machen. Bisher wurde handschriftlich dokumentiert, welcher Bauer wie viel Kilo Cashew zum Verkauf an die Wenchi Cashew Union weitergab. Dank der neuen Anwendung können die Cashew-Säcke nun mit dem Smartphone gescannt werden. Anschließend wird ihr Gewicht unter dem Namen des jeweiligen Bauern im Telefon gespeichert. Der Geschäftsführer der Wenchi Cashew Union kann mit der Anwendung die Lagerbestände verwalten, weiß, wer wie viel Cashew verkauft hat und wo ein Transport zur Weiterverarbeitung losgeschickt werden kann.

SAMBIA

Spielerische Gesundheitsaufklärung

„Gib verunreinigtem Wasser, Müll auf der Straße, Ungeziefer und Krankheitserregern keine Chance!“ So lautete das Motto der Gesundheitsolympiade, die im August in Lusaka, Sambia, stattfand. Sie wurde von der GIZ im Rahmen des BMZ-finanzierten Programms „Youth Development through Football“ (YDF) sowie des Vorhabens „Reform des sambischen Wassersektors“ veranstaltet. Die GIZ kooperierte dabei mit der japanischen Entwicklungsorganisation JICA, der deutschen und japanischen Botschaft sowie der KfW. In einem Parcours testeten die 150 teilnehmenden Jugendlichen ihr Wissen über Gesundheit und Hygiene und lernten viel Neues. Teil des Parcours war eine HIV/Aids-Station, an der über Übertragung, Vorbeugung und Umgang mit HIV informiert wurde.

EUROPA, KAVKASUS, ZENTRALASIEN

Gemeinsames Büro in Sarajevo

Anfang Juli wurde in Sarajevo das neue gemeinsame Büro der GIZ und der KfW Entwicklungsbank im Geschäftsgebäude „Importance Centar“ eröffnet. Bei der Eröffnungsfeier waren auch der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats von Bosnien und Herzegowina, Dragan Vrankić, sowie die Geschäftsträgerin der deutschen Botschaft in Sarajevo, Christiana Markert, anwesend. Seit 1995 arbeitet die GIZ in Bosnien und Herzegowina im Auftrag des BMZ. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sowie Demokratieförderung und Stärkung der Zivilgesellschaft. Das GIZ-Büro Sarajevo ist seit September 2010 auch Sitz der regionalen Aktivitäten, wie etwa der Offenen Regionalfonds, die zu den Themen Außenhandel, Recht, kommunale Dienste und Energie tätig sind. Die KfW Entwicklungsbank ist seit vielen Jahren in Bosnien und Herzegowina im Auftrag des BMZ und anderer, internationaler Geber tätig. Sie unterstützte zunächst den bosnischen Wohnungsbau und förderte kleine und mittlere Unternehmen durch zahlreiche Kreditprogramme. Seit 2001 liegt der Schwerpunkt auf der Stärkung der Energieerzeugung, dem Auf- und Ausbau der kommunalen Infrastruktur sowie des Finanzsystems.

DEUTSCHLAND

Zehn Jahre Repräsentanz Berlin

Im September 2001 eröffnete die GTZ ihr Haus in Berlin.

Am Anfang gab es sechs Mitarbeiter. Sie saßen in einer Baustelle, auf Umzugskartons. Es gab kein Telefon, keine



Computer, nichts, womit man hätte arbeiten können. „Ich weiß noch, wie unser damaliger Hausmeister Götz Pfitzke, ein ehemaliger Schiffbauer, eine GTZ-Fahne auf den Karton in unserer Mitte stellte. Damit war unser Schiff startklar“, sagt Franziska Donner, die die Repräsentanz von 2001 bis 2008 leitete. Seither hat sich viel getan: Aus der Baustelle am Reichpietschufer ist die eindrucksvolle Repräsentanz entstanden, Anfang 2011 wurde die GTZ zur GIZ und statt sechs Menschen arbeitet heute ein Vielfaches an Mitarbeitern an verschiedenen Berliner Standorten für die GIZ. „Heute sind wir hervorragend vernetzt“, sagt Klaus Brückner, der die Repräsentanz seit 2008 leitet. „Wir haben gute Kontakte zu Bundesregierung und Bundestag, zu Nichtregierungsorganisationen oder Kultureinrichtungen.“ Das helfe dabei, Interesse für die Themen der internationalen Zusammenarbeit zu wecken und die Diskussion in Berlin mitzugestalten.

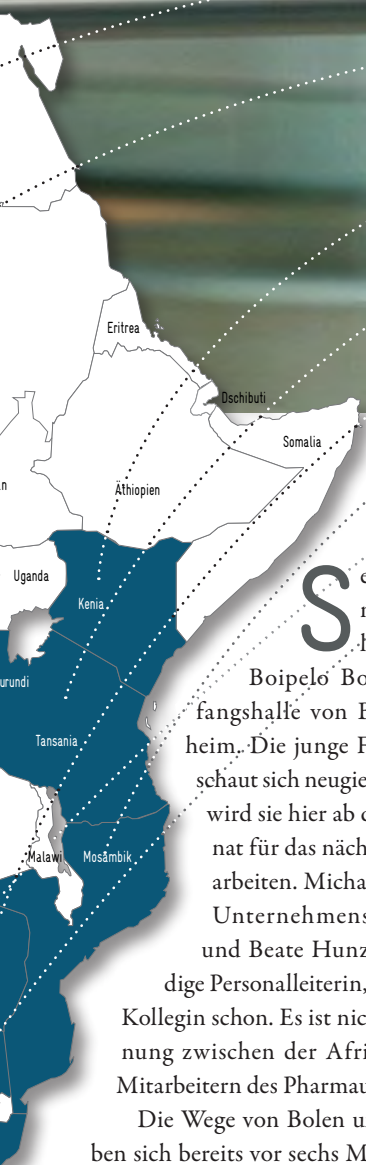


Engagiert: Boipelo Bolen aus Botsuana und 16 weitere junge Afrikaner

KONTINENT DER ZUKUNFT

19 deutsche Unternehmen wollen die wirtschaftliche Entwicklung in Subsahara-Afrika unterstützen. Im Rahmen der Initiative „Afrika kommt!“ bilden sie junge Führungskräfte aus Afrika in ihren Unternehmen weiter. Mit von der Partie ist Boehringer Ingelheim.

Text Gabriele Rzepka



Selbstbewusst und mit einem freundlichen Lächeln tritt Boipelo Bolen in die Empfangshalle von Boehringer Ingelheim. Die junge Frau aus Botswana schaut sich neugierig um, schließlich wird sie hier ab dem nächsten Monat für das nächste Dreivierteljahr arbeiten. Michael Rabbow aus der Unternehmenskommunikation und Beate Hunzinger, die zuständige Personalleiterin, erwarten die neue Kollegin schon. Es ist nicht die erste Begegnung zwischen der Afrikanerin und den Mitarbeitern des Pharmaunternehmens.

Die Wege von Bolen und Hunzinger haben sich bereits vor sechs Monaten in Nairobi gekreuzt. Dort sah sich die Personalleiterin einer Gruppe von 64 hoch motivierten jungen Menschen aus 14 afrikanischen Ländern gegenüber. Gemeinsam mit Heiner Boeker, Bosch

GmbH, und zwei Experten der GIZ stand sie vor der Aufgabe, 17 Kandidaten auszuwählen, die sich für ein Jahr in Deutschland weiterbilden und hier leben werden. Dahinter steht die Initiative „Afrika kommt!“, die Bosch zusammen mit 18 deutschen Unternehmen vor drei Jahren ins Leben gerufen hat. Sie geben Nachwuchsführungskräften aus Afrika südlich der Sahara die Möglichkeit, hinter deutsche Unternehmenskulissen zu schauen und so ihre Management- und Führungskompetenzen auszubauen. Durch diese enge Zusammenarbeit entstehen nachhaltige Kooperationen und ein Netzwerk zwischen Deutschland und Afrika.

Mit Boipelo Bolen und ihren Kolleginnen und Kollegen empfangen die gastgebenden Firmen bereits zum zweiten Mal afrikanische Nachwuchsführungskräfte unter ihrem Dach. Nach der Vorbereitungsphase mit einem viermonatigen Sprachkurs werden Bundespräsident Christian Wulff und hochrangige Vertreter der gastgebenden Firmen die Teilnehmer »

AUF EINEN BLICK

- **Teilnehmende Unternehmen:** BASF SE, Bayer AG, Boehringer Ingelheim GmbH, Robert Bosch GmbH, Commerzbank AG, Continental AG, Daimler AG, Deutsche Bahn AG, Deutsche Telekom AG, E.ON Ruhrgas AG, Merck KGaA, SAP AG, Schott AG, Siemens AG, Volkswagen AG, Adolf Würth GmbH & Co. KG, ZF Friedrichshafen AG
- **Kooperationspartner:** Robert Bosch Stiftung GmbH, Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius SöR
- **Spenden:** Deutsche Bank AG, Hochtief AG
- **Anzahl der Teilnehmer:**
 Jahrgang 2008/2010: 20
 Jahrgang 2010/2012: 17

www.afrika-kommt.de

bei einem Empfang in Berlin offiziell begrüßen. Danach sind die Teilnehmer in ihrem Patenunternehmen intensiv in den Arbeitsprozess eingebunden.

Qual der Wahl

Insgesamt hatten sich 1.697 Afrikanerinnen und Afrikaner um einen der 17 Stipendienplätze beworben; 64 von ihnen schafften es in die Endrunde. Die Anforderungen der Jury waren hoch, erinnert sich Hunzinger: „Wir haben nach offenen, lernbegierigen Menschen geschaut, die bereit sind, sich auf Deutschland einzulassen. Wir wollten Leute, die die afrikanische Kultur zu uns bringen und ihrerseits ein Stück unserer Kultur wieder mit nach Hause nehmen.“ Daneben musste das berufliche Profil der Bewerber zum Arbeitsplatz im Patenunternehmen passen.

Boipelo Bolen hat es geschafft, den Ansprüchen der Jury zu genügen. Seit drei Monaten lernt sie gemeinsam mit ihren Mitstreitern Deutsch, in Kürze geht es dann zu Boehringer nach Ingelheim. Interessiert schaut sie sich mit ihrer künftigen Chefin Judith von Gordon, Leiterin der externen Unternehmenskommunikation, ihr Arbeitsumfeld in spe an. Ihren Job als PR-Managerin beim Energieministerium in Botsuana hat Bolen für die Erfahrung in Deutschland aufgegeben, denn: „Ich will hier lernen, wie man eine PR-Abteilung managt, organisiert und aufbaut, so dass alles richtig gut funktioniert. Manche Menschen finden die Deutschen starr und unflexibel. Das sehe ich ganz anders. Gerade weil sie geradeaus auf ihr Ziel zusteuern und sich darüber im Klaren sind, was sie wollen, haben sie den Ruf, kompetent und effizient zu sein.“

Große Projekte verantworten

Mit ihren Wünschen ist sie in der Unternehmenskommunikation bei Boehringer Ingelheim gut aufgehoben. Das Familienunternehmen

DIE ROLLE DER GIZ

Im Auftrag der teilnehmenden Firmen plant und organisiert die GIZ die Initiative „Afrika kommt!“. Ihre Erfahrungen mit Langzeit-Stipendienprogrammen sowie die Infrastruktur des Unternehmens in Deutschland und Afrika gaben den Ausschlag für den Auftrag an die GIZ. Ihre Aufgaben:

- Teilnehmerauswahl
- Planung und Steuerung des Gesamtprogramms
- Qualitätssicherung
- Organisation von Sprach- und Managementkursen für die Teilnehmer
- Begleitung der Stipendiaten während des Unternehmensaufenthalts
- Beobachtung und Überwachung des Fortbildungsverlaufs
- Fachliche und persönliche Betreuung der Teilnehmer
- Aufbau eines Alumninetzwerkes
- Analyse und Auswertung des Programms

vermarktet seine Produkte weltweit und entwickelt dafür internationale Kommunikationsstrategien. Für die Image- und Produktkommunikation nutzt die Firma immer stärker Social-Media-Plattformen. Dieses Know-how will von Gordon weitergeben: „Wir agieren sehr professionell auf diesem Gebiet. Diese Erfahrungen möchte ich mit meiner Kollegin aus Botsuana teilen und ihr Anregungen mit auf den Weg geben, wie sie diese Kommunikationsmittel nutzen kann.“ Neben der fachlichen Expertise stehen Managementfähigkeiten im Fokus. Von denen bekommt Bolen eine ganze Menge im Team der Unternehmenskommunikation mit, denn sie wird bei Boehringer Ingelheim für komplexe Projekte verantwortlich sein. Außerdem besuchen die Stipendiaten einen einmonatigen Managementkurs. Hier untermauern sie ihre praktische Erfahrung aus den Unternehmen mit theoretischen Kenntnissen rund um Projektmanagement, Projektplanung und Personalma-

nagement. Denn nur dieses gesamte Paket ebnet laut Beate Hunzinger den Weg hin zu dem Grundgedanken von „Afrika kommt!“. „Wir wollen Teil der deutschen Unternehmensschaft sein, die afrikanische Nachwuchsführungskräfte ausbildet. Mit dem hier bei uns erworbenen Wissen gehen die jungen Leute in ihre Herkunftsländer zurück und können dort die wirtschaftliche Entwicklung mitgestalten und beschleunigen.“ Die Stipendiaten erwerben das Handwerkszeug, zu Hause ihre eigenen Pläne zu verfolgen. „Ich träume davon, später mal meine eigene Image-Consulting-Firma zu haben. Da möchte ich Menschen aus meinem Land schulen und fortbilden. All das, was ich in Deutschland lerne, kann ich in Botsuana weitergeben: an meine Kollegen, an meine Freunde, an meine Familie. Denn ich bringe ja nicht nur fachliches Wissen mit heim, sondern lerne auch persönlich unglaublich viel dazu“, erklärt Bolen.

Gut vernetzt

Durch den Aufenthalt entstehen persönliche und professionelle Kontakte. Auf dem kleinen Dienstweg kann Bolen später einfach zum Hörer greifen und einen Kollegen bei Boehringer Ingelheim beruflich um Rat fragen. Aber auch der umgekehrte Weg ist möglich: „Wenn es um wirtschaftliche Kontakte nach Afrika geht, kann ich sicherlich dabei helfen, dass sich für Boehringer Ingelheim einige Türen leichter öffnen“, versichert Bolen. Die entstehenden Netzwerke sind das A und O. Für die deutschen Unternehmen war es deshalb von Anfang an klar, dass sie diese formalisieren müssen. So organisierte die GIZ im Auftrag der Unternehmen schon mit dem ersten Stipendienjahrgang ein Alumninetzwerk, in dem sich die ehemaligen



Stipendiaten und deutsche Kollegen (hier: Boipelo Bolen und Judith von Gordon) lernen voneinander.



Gute Aussichten für Boipelo Bolen (mit Beate Hunzinger) – beruflich und vom Balkon ihres Büros.



Berufliche und private Kontakte stärken die deutsch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen.

und aktuellen Teilnehmer untereinander austauschen. Hier haben Bolen und ihre Gruppe jeden letzten Donnerstag im Monat die Gelegenheit, den alten Hasen Fragen zu stellen, sich Ratschläge abzuholen und um Einschätzungen zu bitten. Dabei reden nicht nur die afrikanischen Teilnehmer miteinander, sondern auch die deutschen Unternehmensvertreter.

Zusammen mit Beate Hunzinger kümmert sich Michael Rabbow bei Boehringer Ingelheim um „Afrika kommt!“ und weiß: „Wir lernen von Stipendiatenjahrgang zu -jahrgang mehr aus dem Programm. Der interkulturelle Austausch zwischen den Stipendiaten und Unternehmen klappt wunderbar. Und zwar über das Ende der Studienaufenthalte hinaus.“ Der Stipendiat von Boehringer Ingelheim aus der vergangenen Runde kam aus Ruanda. Er ist heute mit der deutschen Botschaft vor Ort verbunden, genauso wie mit seinem Patenunternehmen. Die Vision eines deutsch-afrikanischen Netzwerks, das den deutschen Unternehmern 2008 vorschwebte, nimmt immer mehr Gestalt an. Der Grund ist laut Rabbow ganz einfach: „Afrika ist der Kontinent der Zukunft!“ ■

» ANSPRECHPARTNERIN

Lydia Jebauer-Nirschl

> lydia.jebauer-nirschl@giz.de

👉 www.afrika-kommt.de

» INTERVIEW

„LANGFRISTIGE KOOPERATIONEN“



Heiner Boeker ist Human Resources Manager bei der Robert Bosch GmbH und wählte die Stipendiaten mit aus.

Warum wurde die Initiative „Afrika kommt!“ ins Leben gerufen?

Wir, die beteiligten Unternehmen, glauben an das Potenzial Afrikas. Ziel dieser Initiative ist es, für die Programmteilnehmer und für die Unternehmen eine Win-win-Situation zu schaffen: Die Unternehmen können frühzeitig Kontakte zu afrikanischen Führungsnachwuchskräften aufbauen. Die Teilnehmer erwerben Fach- und Methodenwissen sowie sprachliche und interkulturelle Kompetenz. Sie sind in der Lage, eine wichtige Brücke zum Wirtschaftsstandort Deutschland zu bilden. Das war für Tilman Todenhöfer, Geschäftsführender Gesellschafter unseres Unternehmens und Initiator dieses Programms, sowie für die 19 Gründungsunternehmen der Anlass, „Afrika kommt!“ ins Leben zu rufen.

Wie stärken die Stipendiaten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Afrika?

Die persönlichen Beziehungen der Beteiligten sind eine hervorragende Basis für ein aktives Netzwerken. Um Nachhaltigkeit zu schaffen, ist die Alumniarbeit wichtig. Die ehemaligen Teilnehmer können über ihre Erfahrungen und Herausforderungen während des Programms und auch bei der Rückkehr berichten. Sie übernehmen eine wichtige Rolle als Meinungsbildner in ihrer Heimat.

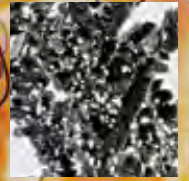
Welche unternehmerischen Perspektiven sehen Sie durch dieses Programm?

Aus Sicht der deutschen Unternehmen besteht die Hoffnung auf eine langfristige Kooperation. Die Kontakte in Europa und nach Nordamerika sind seit langem intensiv. Inzwischen haben sich viele Beziehungen nach Südamerika aufgetan und vor zehn Jahren hatten wir hinsichtlich der Wirtschaftsaktivitäten mit Asien teilweise eine vergleichbare Ausgangslage. „Afrika kommt!“ trägt dazu bei, die Perspektiven für deutsche und afrikanische Unternehmen kontinuierlich auszubauen.

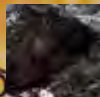
AKZENTUIERT

Fe

Ta



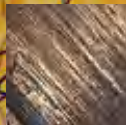
Au

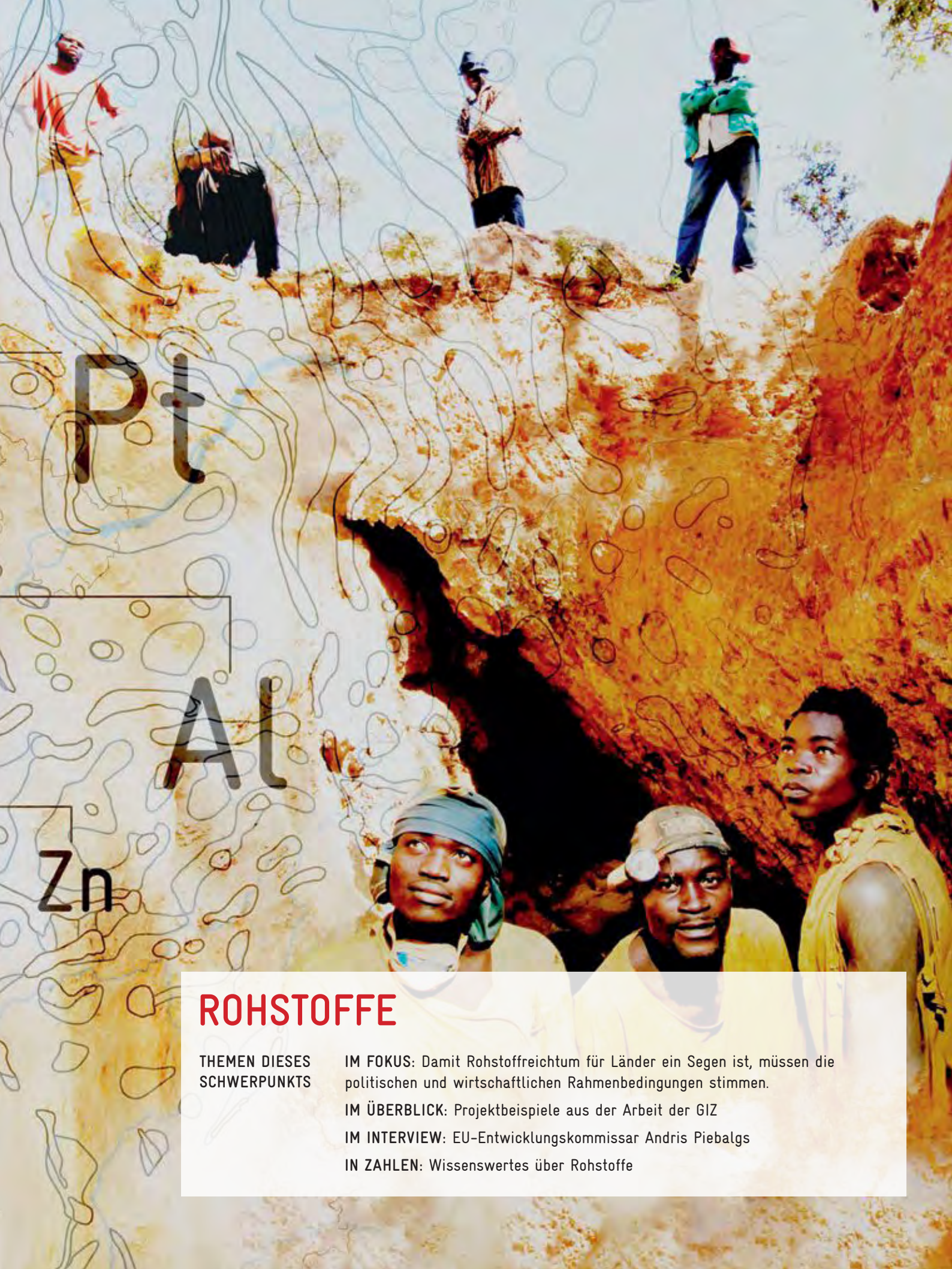


U

Mo

Cu





Pt

Al

Zn

ROHSTOFFE

THEMEN DIESES SCHWERPUNKTS

IM FOKUS: Damit Rohstoffreichtum für Länder ein Segen ist, müssen die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen.

IM ÜBERBLICK: Projektbeispiele aus der Arbeit der GIZ

IM INTERVIEW: EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs

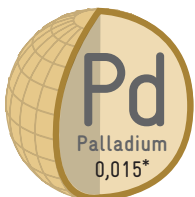
IN ZAHLEN: Wissenswertes über Rohstoffe

Fluch? Segen?

Rohstoffreichtum ist für Länder nicht immer von Vorteil: Oft geht er einher mit Armut, Korruption und Gewalt und scheint nachhaltige Entwicklung eher zu behindern. Damit Bodenschätze einen positiven Effekt haben, braucht es transparente Politik, nachvollziehbare Warenströme und eine nachhaltige Produktion.

Text Petra Hannen Illustrationen Britta Siebert

DIE SELTENSTEN
ELEMENTE



* Vorkommen in der Erdkruste in parts per million (ppm), 10.000 ppm entsprechen 1 Prozent.
Quelle: Israel Science and Technology, www.science.co.il

Ölstaaten, so die landläufige Meinung, sind reiche Staaten. Nigeria beweist das Gegenteil. Der größte Erdölproduzent Afrikas gehört zu den zwanzig ärmsten Ländern der Welt. Und die Bewohner des Nigerdeltas, wo das Öl gefördert wird, gehören wiederum zu den Ärmsten des Landes: Ein großer Teil der Bevölkerung muss mit weniger als einem Dollar pro Kopf und Tag auskommen. Das schwarze Gold hat ihnen weder Wohlstand noch Entwicklung gebracht, sondern noch mehr Korruption und soziale Probleme, ökologische Schäden und gewalttätige Konflikte. Die vielen Milliarden US-Dollar an Erdöleinnahmen aus mehr als 50 Förderjahren sind spurlos an ihnen vorbeigeflossen.

Öl und andere Rohstoffe sind ein lukratives Geschäft. Sie stellen mehr als ein Drittel aller Güter im Welthandel und ihr weltweiter Verbrauch wird sich nach Schätzungen der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2050 auf jährlich 140 Milliarden Tonnen verdreifachen. Grund für den deutlichen Anstieg sind das weltweite Bevölkerungswachstum, der hohe Verbrauch in Industrieländern und der sich immer weiter vollziehende Wandel von aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländern hin zu modernen Industriena-

tionen. Allein die prosperierenden BRICS-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – stehen eigenen Zahlen sowie einer aktuellen Studie der Louisiana State University zufolge für 40 Prozent der Weltbevölkerung, knapp neun Billionen Dollar Wirtschaftskraft und 45 Prozent des weltweiten ökonomischen Wachstums seit Ausbruch der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise. Experten wie der seit Jahrzehnten im Rohstoffsegment tätige Börsenguru Jim Rogers gehen daher davon aus, dass in den kommenden 25 Jahren mehr Rohstoffe benötigt werden als in der gesamten Menschheitsgeschichte davor.

Der eine fördert, der andere verbraucht

Metalle und Mineralien, Öl, Kohle oder Gas stammen meist nicht aus den Regionen, in denen sie verarbeitet oder verbraucht werden. Deutschland beispielsweise, einer der größten Rohstoffverbraucher der Welt, bezieht Energie- und Metallrohstoffe sowie viele Industriemineralien aus mehr als 160 Ländern. Was grundsätzlich nach einer günstigen Ausgangslage für lebhaftere internationale Wirtschaftsbeziehungen und weltweit prosperierende Volkswirt- »



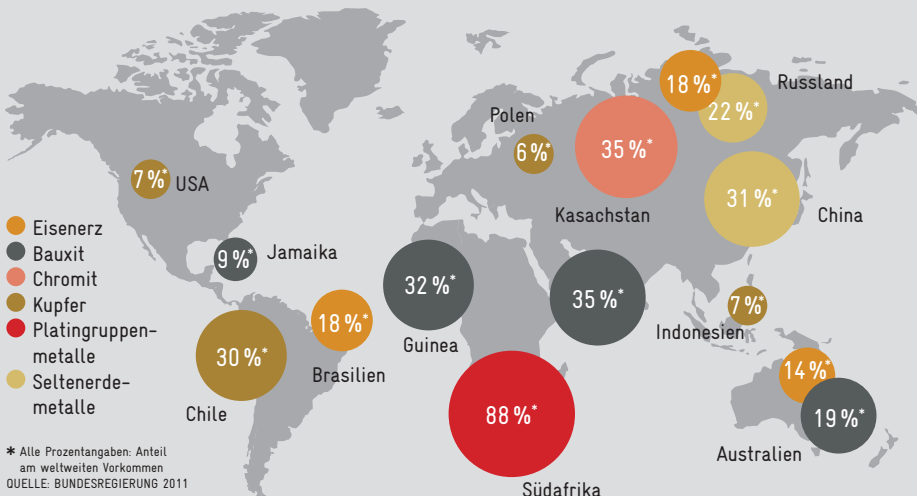
Viele Staaten suchen neue Wege, um ihre Rohstoffversorgung zu sichern. China etwa koppelt Entwicklungsprojekte in Afrika an Schürfrechte vor Ort.

BODENSCHÄTZE SIND ENDLICH

Der Verbrauch an mineralischen Rohstoffen ist in den letzten Jahren weltweit stark gestiegen. Ein Trend, der sich nach Einschätzung von Experten fortsetzen und weiter verstärken wird – unter anderem, weil Länder wie China den Schritt vom Schwellen- zum Industrieland vollziehen. Die Folge: Rohstoffe werden knapp.

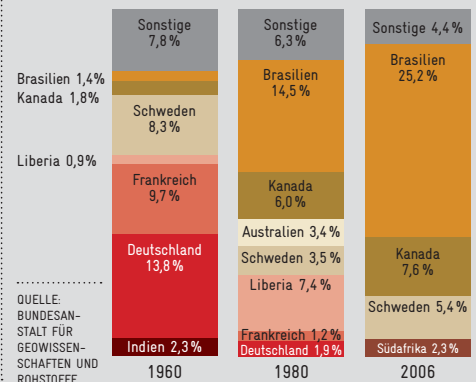
Versorgungsengpässe sind abzusehen

Mineralische Rohstoffe, die in vielen Hightech- und Alltagsgegenständen stecken, muss Deutschland überwiegend einführen. In ihrer Rohstoffstrategie hat die Bundesregierung Stoffe definiert, bei denen Versorgungsengpässe drohen. Die Karte zeigt die knappsten Mineralien und ihre Herkunftsländer.



Die Wege werden weiter

Metallische Rohstoffe legen immer weitere Strecken vom Förder- zum Verarbeitungsort zurück. Das zeigt sich am Beispiel des in Deutschland verarbeiteten Eisenerzes. 1960 stammten noch 13,8 Prozent aus Deutschland, 2006 waren es null Prozent.





Statistisch gesehen besitzt fast jeder Erdbewohner ein Handy. Jedes Mobiltelefon enthält zahlreiche, teils seltene Rohstoffe.

STOFFE FÜR DIE ZUKUNFT

Fünf Milliarden Handys wurden in den letzten zehn Jahren weltweit verkauft. In jedem von ihnen stecken etwa 20 verschiedene Metalle. Mobiltelefone sind aber nicht die einzigen Produkte, die die Nachfrage nach metallischen Rohstoffen in die Höhe treiben. Letztere kommen in vielen Zukunftstechnologien zum Einsatz – und sind nicht immer unproblematisch.

GLASFASERKABEL übertragen blitzschnell riesige Datenmengen. Sie enthalten Germanium. Experten schätzen, dass der Bedarf an diesem Metall bis 2030 auf 480 Tonnen pro Jahr steigen wird – 240 Prozent der heutigen Produktion.



TOUCHSCREENS laufen der Computertastatur den Rang ab und kommen auch bei Handys oder Haushaltsgeräten zum Einsatz. Indium ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Technologie – und knapp: Schon 2020 könnten die Vorräte erschöpft sein.



ELEKTROMOBILE werden von Brennstoffzellen und Akkus angetrieben. Herzstück jeder Brennstoffzelle ist Platindraht. Lithium-Ionen-Akkus enthalten Kobalt, das hauptsächlich in afrikanischen Konfliktregionen abgebaut wird.



SOLARZELLEN und Leuchtdioden brauchen zahlreiche seltene Rohstoffe, um funktionieren zu können, zum Beispiel Tellur und Galliumarsenid. Kritisch ist vor allem die Versorgung mit Galliumarsenid, denn das Metall wird nur an wenigen Orten gefördert.



WINDRÄDER werden effizienter, wenn sie einen sogenannten Direktantrieb haben. Der Nachteil: Zum Bau dieses Antriebs braucht man Neodym, das oft ohne Rücksicht auf Menschen und Umwelt gefördert wird.



MEDIZINTECHNIK ist eine Boombranche der Zukunft – auch, weil die Menschen immer älter werden. In orthopädische Implantaten kommt unter anderem Tantal zum Einsatz. Der Bedarf an diesem Stoff wird sich bis 2030 mehr als verdoppeln.



„Denen ist das Gold gut, die es recht zu gebrauchen wissen, aber denen bringt es ernstlich Schaden, die es übel brauchen.“

Johannes Agricola (1494-1566), deutscher Theologe

schaften klingt, kann jedoch sowohl Import- als auch Exportnationen Probleme bereiten.

Denn die weltweiten Rohstoffvorkommen sind nicht nur ungleich verteilt, sondern teilweise auch in politisch instabilen Ländern zu finden. Drei Viertel der Erdölreserven der Welt liegen innerhalb der sogenannten strategischen Elipse, die sich vom Nahen Osten über den Kaspischen Raum bis in den Norden Russlands erstreckt, etwa 13 Prozent werden in Afrika gefördert. Uran stammt nicht nur aus Kanada und Australien, sondern auch aus Kasachstan, Niger und Russland. Weltgrößter Exporteur des Aluminiumerzes Bauxit ist Guinea. Über 90 Prozent der weltweiten Platinproduktion kommen aus Südafrika, Russland und Simbabwe. Tantalerze finden sich in Australien, Brasilien und Kanada, aber auch in Äthiopien, Mosambik, Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo.

Zugang zu Rohstoffen wird immer wichtiger

Die rohstoffverarbeitende Industrie sieht sich angesichts des international wachsenden Rohstoffhungers von Versorgungsengpässen und damit in ihrer Wettbewerbsfähigkeit bedroht. Bei der deutschen Regierung und auch auf EU-Ebene stieß die von vielen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden geäußerte Forderung, die Sicherheit der Rohstoffversorgung zum politischen Ziel zu erklären, auf offene Ohren. Das führte jedoch nicht zu dem staatlichen Engagement, das sich viele Unternehmen gewünscht hatten: Während sich China für heimische Betriebe als Zentraleinkäufer betätigt und in Afrika oder Lateinamerika ganz konkret Entwicklungshilfe mit Liefergarantien für Metalle verknüpft, werden sich deutsche Unternehmen weiter selbst um ihre Rohstoffe kümmern müssen. In ihrer 2010 veröffentlichten Rohstoffstrategie stellte die Bundesregierung klar, „dass es grundsätzlich Aufgabe der Wirtschaftsunternehmen ist, ihre Rohstoffversorgung sicherzustellen“. Zwar strebe auch Deutschland Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Produzentenländern an, dabei sollen jedoch „außen-, wirtschafts- und entwicklungspoli-

tische Zielsetzungen eng miteinander verzahnt“ werden. Damit wird die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Förderländern als ebenso wichtig angesehen wie die Rohstoffsicherung für die deutschen Unternehmen. Die EU hat sich ebenfalls eine „aktive Rohstoffdiplomatie“ zum Ziel gesetzt: Strategische Partnerschaften und politische Gespräche sollen den Zugang zu Rohstoffen sichern. 2010 hat die EU-Kommission außerdem mit der Kommission der Afrikanischen Union eine bilaterale Zusammenarbeit im Hinblick auf Rohstoffe und Entwicklungsfragen beschlossen, die sich auf drei Bereiche konzentrieren soll: Good Governance, Investitionen und geologisches Know-how.

Nachhaltige Entwicklung weiter im Zentrum

Der Rohstoffstrategie der Bundesregierung zufolge werden sich konkrete Maßnahmen weiterhin „am Leitgedanken der nachhaltigen Entwicklung orientieren“. Denn allein in Afrika südlich der Sahara liegen zehn der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Sie werden sehr wahrscheinlich die meisten der von den Vereinten Nationen formulierten Millenniumsentwicklungsziele (MDG) verfehlen, obwohl sie über immense Rohstoffvorkommen verfügen.

Große Armut trotz Rohstoffreichtums ist ein als Paradox of Plenty oder Rohstofffluch bekanntes Phänomen: Reichtum an Bodenschätzen geht in vielen Ländern oft mit Armut, schlechter Regierungsführung und gewalttätigen Konflikten einher und scheint so eine nachhaltige Entwicklung eher zu behindern als zu begünstigen. Allerdings sind selbst Industrienationen mit funktionierenden staatlichen Strukturen nicht vor Nachteilen gefeit: Die Niederlande erzielten in den 1960er Jahren hohe Einnahmen durch Erdgasexporte. Das führte zu einer Aufwertung der heimischen Währung und damit zu erheblichen Nachteilen für andere exportorientierte Wirtschaftszweige, außerdem stiegen Löhne und Preise und damit die Inflation – Symptome der sogenannten Holländischen Krankheit oder Dutch Disease, die auch in anderen Nationen »

DIE SELTENSTEN ELEMENTE



* Vorkommen in der Erdkruste in parts per million (ppm), 10.000 ppm entsprechen 1 Prozent.
Quelle: Israel Science and Technology, www.science.co.il

» INTERVIEW

KATALYSATOR FÜR VERÄNDERUNG

Andris Piebalgs, EU-Kommissar für Entwicklung, sprach mit akzente über Prioritäten und neue Ansätze in der Entwicklungspolitik der Europäischen Union.

Kommissar Piebalgs, wie beabsichtigt die EU, das Ziel zu erreichen, die extreme Armut bis 2015 zu halbieren?

Die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) werden auch in den nächsten Jahren der Schwerpunkt der europäischen Entwicklungspolitik bleiben. Die Staats- und Regierungschefs der Welt haben sich verpflichtet, die Armut zu halbieren – und wir müssen unsere Zusagen erfüllen. Wir haben Fortschritte gemacht, sind aber noch nicht am Ziel. Ich bin stolz darauf, dass die Unterstützung der EU dazu beigetragen hat, mehr als neun Millionen Kindern eine Schulbildung zu garantieren, für die Gesundheitsversorgung von zehn Millionen Frauen zu sorgen und Millionen Haushalten Zugang zu Wasser und zur Abwasserentsorgung zu ermöglichen.

Die EU ist weltweit der größte Geber, daher ist es wichtig, Führung zu zeigen und schnell zu handeln. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission eine weitere Milliarde Euro zur Verfügung gestellt, um diejenigen Länder bei der Erreichung der MDGs zu unterstützen, die die größten Schwierigkeiten haben und gleichzeitig das größte Engagement zeigen. Die zusätzlichen Mittel werden für die Bereiche Wasser, Abwasserentsorgung, Müttergesundheit, Hunger und Kindersterblichkeit – das sind die MDGs, bei denen es noch die größten Schwierigkeiten gibt – bereitgestellt. Wir beenden gerade die Auswahl der von den afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern selbst vorgeschlagenen Projekte. Darüber hinaus habe ich Vorschläge für die Zukunft der Entwicklungspolitik der EU unter dem Titel „Agenda for Change“ vorgelegt. Sie legen den Schwerpunkt auf Maßnahmen, die eine große Wirkung bei der Armutsbekämpfung erzielen.

Zu den MDGs gehört auch eine globale Partnerschaft für Entwicklung. Inwieweit haben Industrie- und Entwicklungsländer eine gemeinsame Verantwortung dafür, menschenwürdige Lebensbedingungen für alle zu schaffen?

Ich war schon in vielen Ländern, und für mich besteht kein Zweifel, dass unsere Hilfe dort am besten wirkt, wo



Andris Piebalgs sieht die EU-Hilfe als Investition in eine stabilere und wohlhabendere Welt für alle Menschen.

es eine klare nationale Strategie gibt und unsere Hilfe über Strukturen des betreffenden Landes geleistet werden kann. Als ich zum Beispiel Regierungsvertreter aus Timor-Leste traf, fand ich deren Entschlossenheit, ihr Land aus der Armut zu führen, bewundernswert. Entwicklungsländer müssen ihre Entwicklungsstrategien selbst in die Hand nehmen, da sie am besten wissen, wo ihr Bedarf liegt. Wir unsererseits müssen unsere Verpflichtungen einhalten, die Mittel für Entwicklungshilfe erhöhen und sicherstellen, dass wir Anliegen der Entwicklungsländer auch in anderen Politikbereichen aufgreifen, wie etwa Handel, Klimawandel oder Landwirtschaft.

Was muss sich laut Ihrer bereits erwähnten „Agenda for Change“ in der Entwicklungspolitik der EU ändern?

Die Welt hat sich grundlegend verändert. Schwellenländer sind zu Wirtschaftsmächten geworden und werden nun auch zu Geberländern. Wir stehen vor globalen Herausforderungen wie Klimawandel und stark schwankenden Nahrungsmittel- und Ölpreisen. Afrika befindet sich in einer Phase des Wachstums und muss dabei weiter unterstützt werden, damit sich dieser Trend konsolidieren kann. Und Wirtschaftskrisen treffen uns alle.

Mit der „Agenda for Change“ soll die Entwicklungspolitik der EU diesem neuen Kontext angepasst werden. Ziel ist es, die Entwicklungspolitik der EU effizienter und ergebnisorientierter zu gestalten. Ich möchte, dass unsere Hilfe Länder dazu bringt, einen nachhaltigen Wachstumspfad einzuschlagen, von dem alle profitieren. Zudem möchte ich, dass die Hilfe der EU Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte weiter fördert. Hilfe sollte ein Katalysator für Veränderung sein, ein Allheilmittel ist sie nicht. Vor diesem Hintergrund schlage ich den Mitgliedsstaaten und unseren Partnerländern vor, unsere Mittel schwerpunktmäßig für gute Regierungsführung, Landwirtschaft und Zugang zu sauberer Energie und für menschliche Entwicklung einzusetzen. Die Kommission wird zudem vorschlagen, die Hilfe gezielt für Länder einzusetzen, die sie am meisten benötigen. Die Wirksamkeit der EU-Hilfen kann zudem durch eine bessere Abstimmung zwischen den Mitgliedsstaaten gesteigert werden sowie durch eine gemeinsame Programmgestaltung von nationaler und EU-Hilfe.

Entwicklungspolitik ist sowohl durch altruistische Motive als auch durch die spezifischen Interessen der beteiligten Partner gekennzeichnet. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass alle Beteiligten ihre Interessen transparent und gleichberechtigt aushandeln können? Hat der Einfluss der Partnerländer auf den Entscheidungsprozess in den letzten Jahren zu- oder abgenommen?

Vorrangiges Ziel der Entwicklungspolitik der EU ist die Armutsbekämpfung. Die Stimme der Entwicklungsländer gewinnt bei den Entscheidungsprozessen mehr und mehr an Gewicht. Die EU schlägt zwar einige Gebiete der Zusammenarbeit vor, wir stehen jedoch in einem ständigen Austausch mit den Partnerländern und bauen unsere Strategien auf ihren jeweiligen Prioritäten auf. In der Zukunft sollte die Programmgestaltung der EU mit den Strategiezyklen der Partnerländer so weit wie möglich abgestimmt sein.

Ziel der EU ist die bessere Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel, häufig durch die Reduzierung von Handelshemmnissen wie Exportzöllen. Dadurch entgehen den Ländern jedoch dringend benötigte Einnahmen. Wie bewerten Sie es, dass die EU weiterhin einen so großen Schwerpunkt auf Freihandel legt?

Die schrittweise Integration der Entwicklungsländer in das globale Handelssystem ist ein wichtiger Baustein auf ihrem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) gibt es jedoch viele Einschränkungen und Barrieren, die verhindern, dass sie an den Vorteilen der Integration in das globale Handelssystem in vollem Umfang teilhaben. Es ist wichtig, genau die Kapazitäten aufzubauen, die es den Ländern möglich machen, vom Welthandel zu profitieren. Bei der Unterstützung in diesem Bereich ist die EU gemeinsam mit den EU-Mitgliedsstaaten der größte Geber der Handelshilfe „Aid for Trade“. Das bedeutet etwa, dass wir unseren Partnerländern dabei helfen, ihre eigene Handelspolitik zu formulieren und ihre produktiven Kapazitäten zu stärken. Es ist unser klares Ziel, dass Handel zu einem Wachstumsmotor für die LDCs wird.

Sie betonen immer wieder, dass die Sicherheit in Europa und sein wirtschaftlicher Wohlstand von erfolgreicher Entwicklungszusammenarbeit abhängen. Wie wollen Sie diesen Zusammenhang stärker ins Bewusstsein rücken?

Wir leben in einer Welt, in der alles eng miteinander verknüpft ist. Jedes Ereignis im Süden des Planeten hat eine Auswirkung auf den Norden und umgekehrt. Deswegen sehen wir Hilfe nicht als Wohltätigkeit an. Hilfe ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Sie kann dazu beitragen, Pandemien, Extremismus, illegale Einwanderung und jegliche Art von Schmuggel zu verhindern, deren Wurzeln in der Armut liegen. Für die EU sehe ich in der Hilfe eine Versicherung für eine stabilere und wohlhabendere Welt.

Interview: Holger Thomsen

DIE SELTENSTEN ELEMENTE



* Vorkommen in der Erdkruste in parts per million (ppm), 10.000 ppm entsprechen 1 Prozent.
Quelle: Israel Science and Technology, www.science.co.il



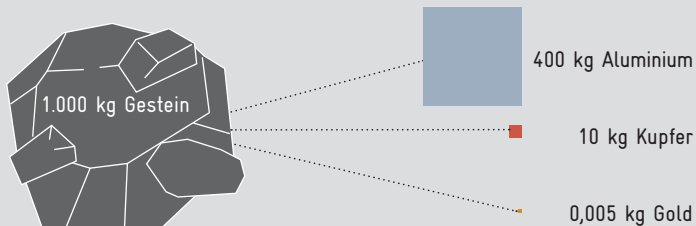
Verantwortlich betrieben ist Berg- und Tagebau sehr teuer und aufwendig. Deshalb sparen Mineninhaber nicht selten bei den Sicherheitsstandards.

VIEL AUFWAND FÜR WENIG ERTRAG

Der Abbau von Rohstoffen geht mit massiven Einschnitten in die Natur einher. Größtes Problem bei der Gewinnung von Metallen: Die besonders seltenen und wertvollen Stoffe sind nicht in reiner Form vorhanden, sondern müssen mit hohem Aufwand und giftigen Hilfsmitteln von umliegenden Massenmetallen und Gestein getrennt werden. Die toxischen Stoffe gelangen vielerorts ungefiltert in die Umwelt und bedrohen Menschen und Natur.

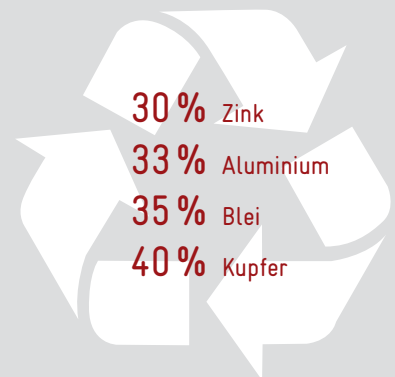
Stecknadeln im Heuhaufen

Um kleine Mengen an Edelmetallen zu gewinnen, muss sehr viel Gestein abgebaut werden. Die Verknappung der Bodenschätze macht auch die Erschließung von Vorkommen attraktiv, die früher als wenig lukrativ und zu riskant galten – etwa in der Tiefsee.

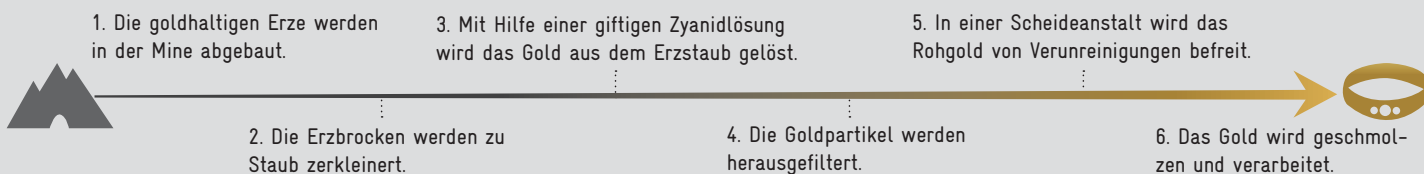


Hoffnungsträger Recycling

Mineralische Rohstoffe lassen sich wiederverwerten – mit mehr oder weniger großem Aufwand. Schon heute stammt ein großer Teil der weltweiten Produktion aus recycelten Produkten (siehe Abbildung). Und der Anteil wird weiter wachsen.



Ein aufwendiger Prozess: die Goldgewinnung



„Rohstoffpolitik und Rohstoffwirtschaft tragen eine besondere Verantwortung: Natürliche Lebensgrundlagen müssen in Verantwortung für künftige Generationen erhalten bleiben und geschützt werden.“

Aus der Rohstoffstrategie der Bundesregierung (2010)

mit hohen Rohstoffexporten wie Venezuela oder Aserbaidschan zu beobachten sind.

Allerdings sind weder Rohstofffluch noch Holländische Krankheit zwingende Folgen von Ressourcenreichtum, auch dann nicht, wenn diese in gering entwickelten Staaten gefunden werden. Botsuana beweist das bereits seit Jahrzehnten. 1966, im Jahr der Unabhängigkeit, war Botsuana eines der ärmsten Länder der Erde. Ein Jahr später wurden im botsuanischen Teil der Wüste Kalahari die ersten Diamanten entdeckt, und seit 1969 hebt Debswana, ein Joint Venture der botsuanischen Regierung und des südafrikanischen Diamantenkonzerns De Beers, den milliarden schweren Schatz – etwa 25 Millionen Karat im Jahr, ein Viertel der Weltproduktion. Um Aufbereitung und Vertrieb kümmert sich seit 2006 die Diamond Trading Company Botsuana (DTCB), ein weiteres Joint Venture der beiden Partner. Über 50 Prozent der Gewinne gehen an den Staat. Und der verfügt nicht nur über den politischen Willen, diese Gewinne gerecht zu verteilen, sondern auch über funktionierende Institutionen, demokratische Strukturen und die laut Transparency International geringste Korruption in Subsahara-Afrika.

Politik und Wirtschaft fördern Transparenz

Ohne einen solchen Rahmen laufen speziell Diamanten Gefahr, nicht der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu dienen, sondern – wie beispielsweise in Sierra Leone, Angola oder der Demokratischen Republik Kongo – der Finanzierung von Waffenkäufen und Bürgerkriegsparteien. Die Steine sind wertvoll, weltweit begehrt und wegen ihrer geringen Größe leicht zu schmuggeln sowie schwer zu kontrollieren. 2003 haben daher die internationale Diamantenindustrie und einige Nichtregierungsorganisationen den Kimberley-Prozess initiiert, bei dem Regierungen die Herkunft der Steine aus konfliktfreien Gebieten zertifizieren. Ein innovativer Ansatz, der aber Ian Smillie, dem Architekten des Kimberley-Prozesses, zufolge trotz einiger Erfolge zur Befriedung des Sektors nicht aus-

reicht: Es fehle an der Bereitschaft einiger Regierungen, tatsächlich gegen Diamantenschmuggel und Menschenrechtsverletzungen vorzugehen.

Weiteren Rückenwind für transparente Handelsketten gibt es aus der Politik. US-Präsident Barack Obama beispielsweise hat im Juli 2010 den „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“, kurz Dodd-Frank Act, unterschrieben. Artikel 1504 dieser Verordnung verlangt von Unternehmen, die im Bergbau und in der Förderung von Erdöl tätig und an einer US-Börse notiert sind, über ihre Zahlungen an ausländische Regierungen Bericht zu erstatten – an einer vergleichbaren Regelung für Europa arbeitet bereits die EU-Kommission. Möglich, dass sie auch Artikel 1502 des Dodd-Frank Acts aufgreift: Dieser sieht den Erlass eines Gesetzes über Meldepflichten für die sogenannten Konfliktrohstoffe Gold, Kassiterit, Wolframit und Coltan aus der Demokratischen Republik Kongo und angrenzenden Ländern vor. Das Gesetz soll den Handel mit Mineralien, mit denen in der Region bewaffnete Konflikte finanziert werden und der immer wieder zu massiven Menschenrechtsverletzungen führt, transparent machen. Daher müssen an US-Börsen notierte Unternehmen zukünftig ihre Liefer- und Produktketten offenlegen, sofern sie diese Rohstoffe von dort beziehen. Ein sinnvoller, aber für die Region eventuell zu schneller Vorstoß: Zwar laufen seit einigen Jahren Projekte zum Beispiel zur Zertifizierung von Handelsketten mineralischer Rohstoffe oder zur chemisch-mineralogischen Identifizierung von Tantal-Erzkonzentraten aus anerkannten oder registrierten Betrieben innerhalb der Handelskette, aber die neuen Systeme sind noch nicht flächendeckend etabliert. Der Dodd-Frank Act könnte daher dazu führen, dass sich Unternehmen auf dem Weltmarkt andere Lieferanten suchen und die betroffenen Länder auf lange Zeit wichtige Abnehmer verlieren.

Aber nicht nur Gesetzgeber fordern unbedenkliche Rohstoffbezugsquellen, sondern auch viele Unternehmen selbst: als Bestandteil verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns, ihrer Corporate Social Responsibility (CSR). „Kunden und Konsumenten sind sensibler ge- »

DIE SELTENSTEN ELEMENTE



* Vorkommen in der Erdkruste in parts per million (ppm), 10.000 ppm entsprechen 1 Prozent.
Quelle: Israel Science and Technology, www.science.co.il

worden“, sagt Michael Rösch, GIZ-Experte unter anderem für Transparenzinitiativen. „Das Transparenzbedürfnis der Wirtschaft geht außerdem über CSR hinaus: Transparente Vertragsbeziehungen, Rechts- und Steuersysteme in den rohstoffproduzierenden Ländern gelten wesentlich als Schutz vor Korruption sowie für Rechtssicherheit und erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit.“ Hier setzt die 2002 auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ins Leben gerufene Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) an, für die sich insbesondere auch Deutschland starkgemacht hat. Zentraler Bestandteil der EITI-Initiative ist die Offenlegung der Zahlungen von im Rohstoffsektor tätigen Unternehmen sowie der Einnahmen der rohstofffördernden Länder. Zurzeit werden die Kriterien und Prinzipien bereits von elf Ländern erfüllt, 23 führen EITI gerade ein, weitere vier bereiten den Einstieg in den EITI-Prozess vor. Unterstützung kommt von vielen Regierungen, von Organisationen wie UN und OECD, aber auch von etlichen Unternehmen aus dem Öl- und Bergbausektor sowie von großen Investmentinstitutionen.

„Es bedarf verschiedener aufeinander abgestimmter Instrumente, um den Rohstoffreichtum für eine nachhaltige

Entwicklung zu nutzen“, sagt Kristian Lempa, GIZ-Experte für Rohstoffgovernance. Bei Zertifizierungsmaßnahmen beispielsweise komme es auch darauf an, die lokale Verwaltung zu stärken, die letztlich die jeweiligen Standards überprüfen und durchsetzen muss. Und es bedarf einer Reihe weiterer Bausteine, um Good Governance, also gute Regierungsführung, im Rohstoffsektor zu erreichen, wie eine Bewertung der Rohstoff-Wertschöpfungskette durch die Weltbank zeigt – Bausteine wie die Transparenz von Zahlungsströmen, Verträgen und Vertragsverhandlungen zwischen Unternehmen und Regierungen, die Einbeziehung lokaler Gemeinschaften und zivilgesellschaftlicher Organisationen in die sie betreffenden Entscheidungen, Transparenz bei der Verwendung der staatlichen Einnahmen sowie die Etablierung von Umwelt- und Sozialstandards. Entsprechend umfassend und vielfältig sind die Rohstoffgovernance-Ansätze, welche die GIZ inzwischen in mehreren bilateralen und regionalen Vorhaben im Auftrag der Bundesregierung in Afrika und Asien vorantreibt. Ziele sind vor allem mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht, eine bessere Kontrolle sowie ein größeres Verantwortungsbewusstsein bei der Nutzung der Rohstoffe und bei der Verwendung der Einnahmen daraus.

AUS DER ARBEIT DER GIZ > ROHSTOFFE

>AFGHANISTAN

Reichtum im Boden



Projekt: Nachhaltige Entwicklung von Rohstoffvorkommen
Auftraggeber: Weltbank
Partner: Afghanisches Bergbau-
 ministerium und Afghanischer
 Geologischer Dienst
Laufzeit: 2008–2011

Afghanistan verfügt über zahlreiche mineralische Rohstoffe, der Bergbausektor ist ein Hoffnungsträger für eine nachhaltige Entwicklung Afghanistans.

Daher soll der Afghanische Geologische Dienst (AGS) Rohstoffvorkommen erkunden und bewerten; er verfügt aber nicht über ausreichend qualifiziertes Personal und die notwendige Büro- und Laborausstattung. Die GIZ qualifiziert den Dienst für seine Aufgaben rund um Erkundung und Kartierung und beim Aufbau eines Dokumentationszentrums für Geologie und mineralische Rohstoffe. 2008 und 2009 wurden Trainingskurse zu modernen geologischen

Feldarbeitsmethoden durchgeführt. Hinzu kamen Schulungsprogramme für insgesamt 200 Geologinnen und Geologen des Dienstes zu Kartierung, Untersuchung und Bewertung mineralischer Rohstoffe sowie zu Grundlagen der Geowissenschaften und Umwelt- und Sozialstandards. Seit Anfang 2009 sind entsprechende Fachdatenbanken online und auch für die Öffentlichkeit zugänglich. Im Rahmen des Offenen Politikberatungsfonds (OPAF) wird außerdem zurzeit eine generelle Bergbaustrategie ausgearbeitet. Im Anschluss werden Entwicklung und Umsetzung spezifischer Strategien für Schlüsselrohstoffe ab dem Herbst 2011 unterstützt. Daneben berät der OPAF das Sekretariat der afghanischen Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) auf dem Weg zur EITI-Vollmitgliedschaft. Auch in der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Rohstoffbereich sind Aktivitäten geplant, so zum Beispiel der Aufbau der Berufsschullehrer-ausbildung am Gas- und Ölinstitut Mazar-e Sharif im Rahmen des TVET-Programms (Technical and Vocational Education and Training). Der Lehrbetrieb soll im April 2012 aufgenommen werden.

Die Projekte folgen in der Regel afrikanischen Reformansätzen wie der Africa Mining Vision von 2009 sowie dem deutschen und internationalen politischen Engagement bei EITI, G8 und Weltbank für eine bessere Transparenz im Rohstoffsektor. In den westafrikanischen Post-Konflikt-Staaten Liberia und Sierra Leone setzt das BMZ seit 2009 mit der GIZ erstmals einen strategisch-systemischen Ansatz zur regionalen Rohstoffgovernance um. So konnten das Konfliktpotenzial in Abbaugebieten gemindert, das Konzessionsmanagement im Sinne der Korruptionsbekämpfung und effizienterer Verwaltungsverfahren modernisiert und Staatseinnahmen aus den Rohstoffvorkommen wesentlich erhöht werden. Bei den elf afrikanischen Staaten der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen liegt der Schwerpunkt auf regionalen Initiativen zur Förderung von Frieden, Stabilität und Entwicklung, mit derzeitigem Fokus auf die Initiative zur Eindämmung des Handels mit Konfliktrohstoffen.

Auch in der Demokratischen Republik Kongo, in deren Osten bis heute mineralische Rohstoffe illegal ausgebeutet werden, um Waffen und Rebellengruppen zu finanzieren, geht es um gute Regierungsführung bei der Nut-

zung mineralischer Rohstoffe: Neben der Einführung von EITI arbeitet die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) an einem Zertifizierungssystem zur Bekämpfung des illegalen Ressourcenabbaus. Vor allem auf EITI setzen bei ihrem Streben nach mehr Transparenz die Mitgliedsstaaten der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (CEMAC): Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Republik Kongo, Tschad und Zentralafrikanische Republik. Die Länder wollen die Diskrepanz zwischen Rohstoffreichtum und Armut der Bevölkerung verringern und eine bessere Mobilisierung einheimischer Ressourcen zur Armutsbekämpfung erreichen. Unterstützung erfahren sie unter anderem durch das Programm „Stärkung von Governance im Rohstoffsektor Zentralafrikas“: Schwerpunkte der vom BMZ beauftragten Zusammenarbeit sind neben EITI der Aufbau der regionalen Organisationen zu handlungsfähigen Partnern der Mitgliedsstaaten, die Harmonisierung der Minen- und Investitionsgesetzgebung sowie eine effizientere Verwendung von öffentlichen Einnahmen. »

DIE SELTENSTEN ELEMENTE



* Vorkommen in der Erdkruste in parts per million (ppm), 10.000 ppm entsprechen 1 Prozent.
Quelle: Israel Science and Technology, www.science.co.il

›CÔTE D'IVOIRE, GUINEA, LIBERIA UND SIERRA LEONE
Konflikte mindern, Rohstoffe nutzen



Projekt: Regionale Rohstoffgovernance in fragilen Staaten Westafrikas
Auftraggeber: BMZ
Laufzeit: 2009–2012

In den Mitgliedsstaaten der Mano River Union (Côte d'Ivoire, Guinea, Liberia und Sierra Leone) prägen Rohstoffvorkommen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in besonderem Maße. Die Bewirtschaftung einzelner Rohstoffe hat eine konfliktfinanzierende Rolle in den zurückliegenden Bürgerkriegen in Liberia und Sierra Leone gespielt und wirkt teilweise – auch regional – strukturell destabilisierend. Bei der Bewirtschaftung der Vorkommen von Bauxit, Diamanten, Eisenerz, Erdöl, Gold, Rutil oder Tropenholz können die westafrikanischen Staaten jedoch Entwicklungskapital aus eigener Kraft mobilisieren. Entscheidend sind der politische Wille und die Kapazitäten der

Partnerregierungen, das Interesse in der Privatwirtschaft und der Organisationsgrad der Zivilgesellschaft. Das Vorhaben „Rohstoffgovernance Westafrika“ ist der erste strategische BMZ-Ansatz für den gesamten Rohstoffsektor und setzt dort an, wo im fragilen Kontext die politischen und ökonomischen Anreize mit Entwicklungszielen in Einklang zu bringen sind. Die Dynamik der Rohstoffwirtschaft wird zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Ziele in die konkrete Projektarbeit einbezogen.

Durch die gezielte Förderung lokaler, nationaler und regionaler Strukturen sollen dauerhaft die Einnahmesituation der öffentlichen Hand optimiert und ein größerer Nutzen des Sektors für die Zwecke der Armutsminderung und nachhaltigen Entwicklung erreicht werden. Dazu arbeitet die GIZ in den Bereichen 1) Transparenz- und Rechenschaftspflichten im Sinne der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), 2) Nationale Rohstoffsektorstrategie, Berggesetz, Konzessionsmanagement und Modernisierung des Verwaltungshandelns, 3) lokale Entwicklung in den Abbaugebieten und 4) Dialog auf regionaler westafrikanischer Ebene.

„Wir müssen so produzieren, konsumieren und wiederverwerten, dass auch kommende Generationen ein ausreichendes Angebot an Rohstoffen vorfinden.“

Prof. Dr. Hans-Joachim Kümpel, Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Eine Erfolgsgeschichte, die eng mit der Implementierung der EITI-Standards verbunden ist, spielt in Ghana. Das Land erzielt 40 Prozent seines Exportvolumens und mehr als zehn Prozent seiner Steuereinnahmen aus dem Bergbau, zumeist aus dem Abbau von Gold. Ghana ist seit 2003 EITI-Pilotland und wird seit 2006 von der GIZ im Auftrag des BMZ bei der Umsetzung der Standards beraten. Die so erreichte Transparenz ermöglicht Ghana nicht nur die Balance zwischen Investitionsanreizen und der Einhaltung der Abgabepflicht, sondern auch die Schaffung von Rahmenbedingungen, um die Einnahmen aus dem Rohstoffabbau mit der Bevölkerung zu teilen. Das Programm „Good Financial Governance in Ghana“ sorgt außerdem für Unterstützung bei der Reform der Steuerpolitik und -verwaltung sowie bei der Modernisierung des Haushaltswesens. Über die BMZ-Initiative develoPPP.de, in deren Rahmen Unternehmen und entwicklungspolitische Organisationen Projekte gemeinsam planen, finanzieren und umsetzen, gelang beispielsweise die Einbindung des deutschen Softwarespezialisten SAP. Ergebnis ist ein modernes und sicheres IT-System für die ghanaische EITI, das sowohl von den Bergbaugesellschaften als auch vom ghanaischen Ministerium für Finanzen und Wirtschaftsplanung für Eingabe, Prüfung und Konsolidierung der notwendigen Daten genutzt wird.

DIE SELTENSTEN ELEMENTE



* Vorkommen in der Erdkruste in parts per million (ppm), 10.000 ppm entsprechen 1 Prozent.
Quelle: Israel Science and Technology, www.science.co.il

Auch in Asien besteht Beratungsbedarf

Weitere Projekte für eine nachhaltige Entwicklung des Rohstoffsektors, welche die GIZ im Auftrag des BMZ, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), des Auswärtigen Amtes und der Weltbank durchführt, laufen in Asien. Die Mongolei beispielsweise steht vor erheblichen Herausforderungen bei der sozial und ökologisch nachhaltigen Nutzung ihrer Ressourcen. Sie benötigt eine Strategie, wie das Land seine großen Vorkommen von Gold, Kupfer, Kohle, Molybdän, Flussspat, Zink, Uran, Blei und Erdöl für ein breitenwirksames Wachstum einsetzen kann, das den mongolischen Entwicklungsbe-

dürfnissen gerecht wird. Hierzu berät die „Integrierte Rohstoffinitiative“, die die GIZ in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt durchführt. Schwerpunkte sind zum einen ein höheres Wissens- und Kompetenzniveau bei mongolischen Behörden und Ministerien und der Ausbau eines kompetenten nationalen Beraterpools, aber auch die fachliche Qualifikation von Organisationen der privaten Wirtschaft sowie in- als auch ausländischen Unternehmen. Parallel dazu werden inländische Wertschöpfungsketten basierend auf dem Rohstoffsektor aufgebaut. Und in Afghanistan qualifiziert die GIZ unter anderem den Afghanischen Geologischen Dienst.

Den Rohstofffluch durchbrechen

Grundsätzlich gilt: Rohstoffreiche Staaten sollen nicht in Korruption, Rentenwirtschaft und gewaltsame Konflikte abgleiten, sondern sich weiterentwickeln. Das ist ein wesentlicher Aspekt des developmentpolitischen Auftrags. Gleichzeitig sollen die Länder sich zu leistungsfähigen Anbietern auf den internationalen Rohstoffmärkten entwickeln. Das ist die neue Forderung der Wirtschaft, die sich in aktuellen politischen Konzepten wiederfindet. Die Förderung von Good Governance in den rohstoffproduzierenden Ländern könnte eine Klammer für beide Ziele sein. Darauf setzt jetzt Ghana beim Einstieg in einen Wirtschaftszweig, der nur wenige hundert Kilometer weiter östlich im Nigerdelta für so viel Elend gesorgt hat: Der Gewinn aus der anlaufenden Ölproduktion soll gerecht verteilt, die Umwelt geschont, die Bevölkerung am Aufschwung beteiligt werden – und der Ressourcenfluch durchbrochen. ■

FOTOS: HTTP://JUNK.DE/MEIN-PSE (10); FOTOLIA/KRUMM (10); TORFINN/LAIF (11); JEAN CLAUDE MOSCHETTI/REAL/LAIF (13); BALLY/KEystone SCHWEIZ/LAIF (14); EUROPEAN UNION 2010 (16); SHENG HUA/IMAGINE/ALIA/LAIF (18); ISTOCKPHOTO (20, 21)

ROHSTOFFE IN ZAHLEN

1/5

des Goldes, das weltweit für Schmuck Verwendung findet, wird zu Goldfäden verarbeitet und in indische Saris eingewebt. Aus einem Gramm Gold lässt sich ein drei Kilometer langer Faden ziehen.

QUELLE: ABENTEUER FORSCHUNG, ZDF



10.100 Rh

US-Dollar kostete eine Unze Rhodium im Sommer 2008. Damit ist das Edelmetall, das zu den seltensten auf der Erde zählt, auch das teuerste. Es wird unter anderem in der Automobilindustrie für den Bau von Katalysatoren verwendet.

QUELLE: WWW.ROHSTOFF-KURSE.DE

30.684

Tonnen wiegen die Goldreserven aller Staaten der Welt zusammen. Davon besitzen die USA den größten Anteil, gefolgt von Deutschland und dem Internationalen Währungsfonds.

QUELLE: WORLD GOLD COUNCIL



22.200.000

Karat haben die Diamanten insgesamt, die jährlich von Debswana, dem Zusammenschluss der Regierung Botsuanas mit dem südafrikanischen Diamantenkonzern De Beers, aus dem Sand der Kalahariwüste gehoben werden.

QUELLE: WWW.DEBEERSGROUP.COM



43 KILOGRAMM

natürliche Rohstoffe verbrauchte im Jahr 2010 jeder Europäer am Tag. In den USA waren es 90 Kilogramm, in Asien 14 Kilogramm sowie in Afrika nur 10 Kilogramm pro Kopf und Tag.

QUELLE: SUSTAINABLE EUROPE RESEARCH INSTITUTE (SERI)



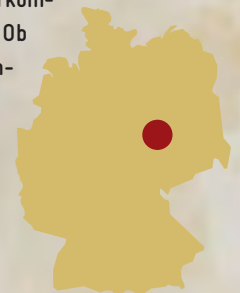
Dörfer sind im Gebiet des Braunkohletagebaus Garzweiler in Nordrhein-Westfalen verlegt worden. Seit dem 2. Weltkrieg wurden in dieser Gegend fast 35.000 Menschen im Zuge des Braunkohleabbaus umgesiedelt.

QUELLE: RWE

41.600

Tonnen Seltenerdmetalle und 8.700 Tonnen Niob lagern bei Storkwitz in Sachsen in der Erde. Es ist das einzige bekannte Vorkommen dieser Stoffe in Westeuropa. Ob der Abbau wirtschaftlich und umweltverträglich möglich ist, wird derzeit geprüft.

QUELLE: DEUTSCHE ROHSTOFFAGENTUR





» Außersicht UNMENSCHLICHE RESSOUR

Kann Rohstoffreichtum die Ursache von Armut sein? Nein, meint der angolansische Autor José Eduardo Agualusa. Es kommt darauf an, ihn menschlich zu nutzen.

» ZUR PERSON

José Eduardo Agualusa, geboren 1960 in Huambo/Angola, zählt zu den wichtigsten portugiesischsprachigen Schriftstellern der Gegenwart. Er veröffentlicht Gedichte, Erzählungen und Romane, die in zahlreiche Sprachen übersetzt werden. Er lebt abwechselnd in Portugal, Angola und Brasilien. Auf Deutsch erschien zuletzt „Barroco Tropical“ (A1 Verlag, München 2011). Für akzente befasste er sich mit dem Thema Rohstoffe.

Ich bin Angolaner. Seit ich denken kann, ist vom gewaltigen Reichtum Angolas die Rede. Angola ist einer der wichtigsten Erdölproduzenten des afrikanischen Kontinents, der viertgrößte Diamantenproduzent der Welt. Zu Kolonialzeiten auch einer der weltgrößten Produzenten von Kaffee.

Als Kind unterwegs in Angola fiel mir auf, dass die meisten anderen Kinder keine Schuhe an hatten. Nach der Unabhängigkeit 1975 wurde es etwas besser. Heute besitzen die meisten Angolaner Schuhe. Trotz Krieg und Miswirtschaft konnten Zehntausende Angolaner studieren, es geht ihnen heute besser als ihren Eltern. Und doch herrscht weiterhin Armut.

„Angolas Unglück ist das Erdöl“ – noch so ein Satz, an den ich mich inzwischen gewöhnt habe. Den Reichtum für die Armut verantwortlich zu machen – den verborgenen Reichtum und die offensichtliche Armut –, ist mir schon immer zu einfach und, ja, auch ein wenig zu paternalistisch. Ein reiches Land

kann, wie ein reicher Mensch auch, seinen Reichtum sinnvoll nutzen – für sich und für andere. Oder ihn einfach verschleudern. Natürlich wird jemand, der plötzlich zu Reichtum kommt – etwa, weil er auf seinem Dachboden einen Schatz findet –, besser damit umgehen können, wenn er bereits zuvor in den Genuss von etwas Wissen und Bildung gekommen ist, als ein Analphabet. Anders ausgedrückt: Norwegen war Angola um einige Jahre voraus, als dort Erdöl gefunden wurde, und es ist nicht wirklich verwunderlich, dass es heute damit besser umgeht.

Ein Land, das keine Rohstoffe besitzt, aber demokratisch und anständig regiert wird, kann aus dem Mangel heraus eigene Lösungen für seine Probleme entwickeln. Not macht erfinderrisch, sagt das Sprichwort. Auf den Kapverdischen Inseln ist das ein bisschen der Fall. Angenommen, die Kapverdier stießen plötzlich auf Erdöl, ich bin mir sicher, sie wären in der Lage, diesen Reichtum zu nutzen und ihn, wie

FOTOS: MARKUS KIRCHGESSNER



CEN ZU MENSCHLICHEN MACHEN

Dänemark, nachhaltig zu verwenden und in Humankapital zu investieren.

In der portugiesischsprachigen Welt gibt es einen beliebten Witz, der erzählt, dass Gott, als er fast fertig war mit der Erschaffung der Welt, so begeistert war von all den Schönheiten, die ihm dort, wo sich heute Angola und Brasilien befinden, gelungen waren, dass er, verliebt in die eigene Schöpfung, allerlei Reichtümer über diese Territorien zu verstreuen be-

sie, keine Seebeben, keine Wirbelstürme. Zu solch großem Glück auch noch Bodenschätze in Hülle und Fülle zu geben ... also entschuldigen Sie, ich finde das nicht gerecht.“ Gott schaute ihn an, lächelte, und dann lachte er schallend: „Du magst recht haben. Aber schau mal, wen ich das alles kolonisieren lasse.“

Setzen wir anstelle der Kolonisatoren – also in unserem Falle der Portugiesen – einfach nur Menschen, die Ressource Mensch also,

verborgenen Reichtum, sondern: Angola war nie eine Demokratie, und Diktaturen bringen nur selten stabile, kluge und gerechte Regierungen hervor. Eine der Lehren, die aus den jüngsten demokratischen Revolutionen in Nordafrika gezogen werden sollten, ist, dass Demokratien stabiler sind und verlässlicher als Diktaturen. Diktaturen in der Dritten Welt zu unterstützen, wie es die westlichen Demokratien bisher immer und im Namen irgendeiner Realpolitik getan haben, ist heute vielleicht keine so gute Idee mehr.

Selbst ohne die moralischen Aspekte und rein ökonomisch betrachtet liegt es für mich auf der Hand, dass die zunehmende Demokratisierung der Information durch neue Technologien den Diktaturen nicht gerade zum Vorteil gereicht. Dies sollten die westlichen Demokratien im Auge behalten. Es ist sicherer und auf mittlere Sicht sogar billiger, aufstrebende Demokratien oder in jenen Ländern, die noch unter Diktaturen leben, die demokratischen Kräfte zu unterstützen, als Geld in den Dienst von Despoten zu stellen.

Übersetzung: Michael Kegler

Den Reichtum für die Armut verantwortlich zu machen, ist zu einfach. Ein reiches Land kann, wie ein reicher Mensch auch, seinen Reichtum sinnvoll nutzen – für sich und für andere.

gann. Hände voll Diamanten, Tonnen an Gold, ergiebige Ölfelder. Einer seiner Engel beobachtete das Treiben und wandte konsterniert ein: „Lieber Gott, schauen Sie mal, das ist doch nicht richtig. Angola und Brasilien besitzen bereits unzählige Naturwunder. Sonne das ganze Jahr über, endlose Wälder, bezaubernde Vögel. Großartige Strände. Keine Erdbeben peinigen

dann fasst dieser Witz recht gut all das zusammen, was ich weiter oben beschrieb: Das Wichtigste sind – überall auf der Welt – die Menschen. Natürliche Rohstoffe in menschliche Ressourcen zu verwandeln, scheint mir der Schlüssel zu sein für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung. Insofern hat die Armut in Angola nicht das Geringste zu tun mit seinem



DIE DINGE SICHTBAR MACHEN

AUF SELBST GEBAUTEN ROLLSTÜHLEN bewegen sie sich fort – und auf selbst gebauten Instrumenten entwickeln sie einen unverwechselbaren Sound. Mit ihrem Debütalbum „Très Très Fort“ sorgten Staff Benda Bilili aus der Demokratischen Republik Kongo 2009 für Furore. Die Musiker eint ihre Polio-Erkrankung und ihre Kreativität. „Benda Bilili“ – „das Unsichtbare sichtbar machen“ – ist auch ihr Motto. Denn die Bandmitglieder sehen sich als Journalisten der Straße. Die GIZ sponserte ein Konzert der Band während des Rheingau Musik Festivals im Sommer dieses Jahres.

Fotograf: Philippe Wojazer/Reuters





Die Zeiten von Willkür und Rechtsunsicherheit sind im Südkaukasus vorbei.

AUF DEM WEG ZUM RECHTSSTAAT

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion lag das Rechtssystem in vielen ehemaligen Sowjetrepubliken am Boden. Doch inzwischen befinden sich die Kaukasusländer Armenien, Aserbaidschan und Georgien auf einem guten Weg – auch dank Hilfe aus Deutschland.

Text Rainer Kaufmann

Wenn nächstes Jahr im Mai in Baku der Eurovision Song Contest stattfindet, wird sich die Aufmerksamkeit der ausländischen Beobachter auch auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung von Aserbaidschan richten. Aufgrund erster kritischer Berichte, vor allem in den deutschen Medien, scheint sicher, dass dann auch die Situation der Justiz im Land eine Rolle spielen wird. Vereinzelt gab es bereits Aufrufe, das Spektakel wegen der problematischen Menschenrechtslage in Aserbaidschan zu boykottieren. Ganz fair ist das nicht, sind doch in allen drei Ländern des südlichen Kaukasus – Armenien, Aserbaidschan und Georgien – Fortschritte auf dem Gebiet der Justizreform nicht zu übersehen.

Schwerer Weg in die Unabhängigkeit

Vor zwei Jahrzehnten kollabierte die Sowjetunion und ihre Republiken machten sich auf den Weg in die Unabhängigkeit, die gleichbedeutend sein sollte mit Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaat. Doch die damals real existierende Justiz war gefangen in einem selbst gesponnenen Netz von Korruption und Unfähigkeit und entpuppte sich schnell als eine schwere Erblast des früher allmächtigen Sowjetstaats. Streitigkeiten des Alltags wurden nur selten der staatlichen Justiz vorgetragen, man wandte sich an die sogenannten „gesetzlichen Diebe“, kriminelle Stadtteil-Patrone mit langjähriger Knast-Karriere. Sie sprachen auf ihre Art Recht und hatten auch die Macht, ihre Entscheidungen durchzusetzen – selbstverständlich wiederum auf ihre ganz spezielle Art. Wer »

SÜDKAUKASUS



> ARMENIEN

Größe in km²: 29.800
Hauptstadt: Eriwan
Einwohner: ca. 3,2 Mio.

> ASERBAIDSCHAN

Größe in km²: 86.600
Hauptstadt: Baku
Einwohner: ca. 9,1 Mio.

> GEORGIEN

Größe in km²: 69.700
Hauptstadt: Tiflis
Einwohner: ca. 4,3 Mio.

Quelle: Auswärtiges Amt

AUF EINEN BLICK

- Rechts- und Justizreformberatung Südkaukasus
- **Auftraggeber:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- **Laufzeit:** 2010 bis 2019 (aktuelle Phase bis 2014)

Recht haben und Recht bekommen – das ist auch in gut funktionierenden Justizsystemen nicht immer eins. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Länder des südlichen Kaukasus Anfang der 1990er Jahre entstand ein Rechtsvakuum mit schwerwiegenden Folgen. In Georgien, Armenien und Aserbaidschan lag die Wirtschaft am Boden, die Gesellschaft drohte zu zerfallen. In dieser Lage war es notwendig, schnell eine funktionierende Gesellschaftsordnung zu etablieren und so die Unabhängigkeit der Länder zu stabilisieren. Im Bereich des Rechtswesens hieß dies, der Korruption Einhalt zu gebieten, Gesetze eindeutig zu gestalten und für Rechtssicherheit zu sorgen. Denn nur dann gibt es Vertrauen der Bürger in die Justiz und Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft können sich entwickeln. Die drei südkaukasischen Länder haben inzwischen grundlegende Gesetzesreformen umgesetzt. Mit deutscher Unterstützung gelang es, in allen drei Ländern das Zivil- und Verwaltungsrecht zu modernisieren und das Gerichtswesen neu zu strukturieren.



In den letzten Jahren sind neue Materialien für das Jurastudium entstanden.

die staatliche Justiz anrief, hatte angesichts dieser funktionierenden Schattenjustiz, deren Vertreter es gelegentlich bis in höchste Staatsämter brachten, verloren.

Die staatlichen Gerichtsgebäude präsentierten sich damals nahezu folgerichtig noch heruntergekommen als andere Behörden, so dass sich der Rotary-Club von Tiflis noch Ende der 1990er Jahre daranmachte, wenigstens einen Gerichtssaal in der georgischen Hauptstadt in einer Wochenendaktion neu zu streichen, um so für das notwendige Vertrauen in die „neue Justiz“ zu werben. Sogar der Justizminister nahm bei dieser Goodwillaktion Farbeimer und Pinsel in die Hand.

Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse der Reformanstrengungen in allen drei Kaukasusländern mehr als respektabel. Das zeigten auch zwei internationale Konferenzen im Frühjahr und Sommer 2011 in Tiflis und Baku. In Tiflis ging es bei der „Kaukasischen Richterkonferenz“, veranstaltet von der GIZ im Auftrag des BMZ sowie dem Entwicklungsprogramm

der Vereinten Nationen (UNDP), um eine Bestandsaufnahme der Justizreform im Südkaukasus, unter anderem vor dem Hintergrund der „Bangalore Principles of Judicial Conduct“ („Bangalore-Prinzipien zum richterlichen Verhalten“, siehe auch Kasten rechts). In Baku fand die „Internationale Verwaltungsgerichts-Konferenz“ statt, die ebenfalls im Auftrag des BMZ von der GIZ und dem Obersten Gericht Aserbaidschans veranstaltet wurde.

Die Justiz hat an Ansehen gewonnen

Der Grundtenor beider Konferenzen: Die Gewaltenteilung ist ebenso in den Verfassungen der drei Länder verankert wie die Unabhängigkeit der Richter. Oberste Justizräte haben die Aufgabe, die Richter auszuwählen und zu ernennen, Transparenz bei den Verfahren ist gewährleistet. Auf Richterfortbildung wird allerorts höchster Wert gelegt und die Entlohnung der Richter garantiert in aller Regel ein Auskommen, das dem Stand des Amtes angemessen ist – ein wichtiger

Ansatz bei der Bekämpfung der früher in den Gerichtsfluren allgegenwärtigen Korruption. Die meisten Gerichtsgebäude, auch auf dem Land, sind technisch auf dem modernsten Stand. Die Justiz als eine konstitutive Säule des Rechtsstaats hat an Ansehen gewonnen, vor allem im Zivilrecht, was nicht zuletzt dem Wunsch ausländischer Investoren nach Rechtssicherheit geschuldet ist. Georgien hat zum Beispiel ein Zivil- und Wirtschaftsrecht, das auch im Justiz-Alltag durchaus europäischen Standards entspricht.

In allen Ländern gibt es aber auch erhebliche Fortschritte im Verwaltungsrecht. In Armenien existiert eine eigene, dreistufige Gerichtsbarkeit für diesen Bereich. Georgien kennt zwar keine eigenen Verwaltungsgerichte, hat aber seit Jahren eine entsprechende Prozessordnung. In Aserbaidshan sind Klagen gegen Behörden bei den Wirtschafts- und Verwaltungsgerichten angesiedelt. Eine eigenständige Verwaltungsgerichtsbarkeit ist ein wichtiger Gradmesser für Fortschritte in der Justizreform, gibt sie den Bürgerinnen und Bürgern doch erstmals eine



Die meisten Gerichtsgebäude, auch außerhalb der großen Städte, sind gut ausgestattet.

Chance, sich gegen staatliche Maßnahmen zur Wehr zu setzen. So listete der Vorsitzende des Verwaltungsgerichts der Stadt Sumqayit auf der Konferenz in Baku die Behörden auf, die vor seinem Gericht bislang am meisten verklagt wurden. Und er lieferte gleich seine Erfolgsquote nach: In zwei Verwaltungsgerichtsbezirken Aserbaidschans obsiegten circa 80 Prozent der Kläger gegen den scheinbar allmächtigen Staat und seine Behörden. Ein klarer Sieg im innerkaukasischen Statistik-Wettbewerb, meldeten die beiden Nachbarn Georgien und Armenien mit Quoten von rund 60 beziehungsweise 50 Prozent doch weit aus bescheidenere Ergebnisse. Ob die Daten allerdings ohne weiteres vergleichbar sind, bedarf sicher einer näheren Überprüfung.

Statistik, schon gar im direkten Nachbarschaftsvergleich, spielte ohnehin eine große Rolle bei beiden Konferenzen. Aber Effizienz-Zahlen sagen nichts über die Qualität der Urteile und wenig über den wirklichen Grad richterlicher Unabhängigkeit aus, bemerkt Renate Winter, Leiterin des EU-Projektes „Capacity

Building in Support of Rule of Law in Georgia“. Ihr Fazit aus vielen Gesprächen mit Richtern und Anwälten: „Die Unabhängigkeit der Richter ist nur dann wirklich gegeben, wenn die Richter das, was in den Verfassungen steht, auch wirklich durchsetzen wollen.“ Aber vor allem in der ersten Instanz versuchten die Richter immer wieder, sich an Vorgaben des Obersten Gerichtshofes zu orientieren, statt eigenständige Urteile zu verfassen. Richterliche Unabhängigkeit sei auch eine Frage der Unabhängigkeit der Instanzen, sagt die Österreicherin, selbst Richterin mit langjähriger Berufspraxis.

Unabhängigkeit beginnt im Kopf

Ähnlich äußert sich der heutige Präsident des Bundesfinanzhofs, Rudolf Mellinghoff, der noch als Bundesverfassungsrichter an der Konferenz in Tiflis teilgenommen hatte. Die Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung durch die oberen Gerichte bedeute nicht, dass diese Richtlinien vorgeben, an die die Ins- »

› DIE JUDICIAL INTEGRITY GROUP UND DIE BANGALORE PRINCIPLES

Die Judicial Integrity Group ist ein loser Zusammenschluss von hochrangigen Verfassungsrichtern und -richterinnen aus OECD- und Entwicklungsländern. Die Gruppe hat es sich seit 2000 zur Aufgabe gemacht, weltweit Integrität in der Justiz zu fördern und so auf den steigenden Vertrauensverlust der Bevölkerung in den Justizsektor zu reagieren. Die GIZ setzt sich bereits seit 2005 im Auftrag des BMZ im überregionalen Beratungsprojekt „Korruptionsbekämpfung und Integrität“ für die Einhaltung von Integritätsstandards in der Justiz ein und unterstützt die Arbeit der Judicial Integrity Group.

Die „Bangalore Principles of Judicial Conduct“ setzen weltweit akzeptierte Standards für die Schaffung von Integrität in der Justiz. Zusammen mit einem dazugehörigen Kommentar sowie Umsetzungsmaßnahmen stellen die Prinzipien einen Leitfadens zur Förderung von Justizreformen in Partnerländern dar. Die Dokumente wurden durch die Judicial Integrity Group entwickelt. Wesentlich geprägt sind die Prinzipien von internationalen Menschenrechtsstandards und von der Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption. Wichtige internationale und auch nationale Gerichtsentscheidungen haben die Bangalore Principles mittlerweile aufgenommen.

☞ www.giz.de/anti-korruption

☞ www.unrol.org

tanzgerichte gebunden sind. „Bindende Vorgaben für untere Instanzen sind wohl kaum mit der richterlichen Unabhängigkeit vereinbar“, so sein Fazit.

Seit den frühen 1990er Jahren war es ein Hauptziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Südkaukasus, den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen zu befördern – zunächst mit dem Schwerpunkt Georgien, und das schon zu den Anfangszeiten der Unabhängigkeit. Später kamen dann die beiden Nachbarländer Armenien und Aserbaidschan mit bilateralen Projekten dazu. Seit 2001 werden im Zuge der Kaukasus-Initiative der Bundesregierung und im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) alle Aktivitäten in dem Regionalprogramm „Beratung bei der Gesetzes- und Justiz-Reform im Südlichen Kauka-

sus“ stärker gebündelt. Eine grenzüberschreitende Maßnahme zur Bekämpfung von Korruption wird die Beratung bei der Justizreform im nächsten Jahr ergänzen und „best practices“ aus Nachbarländern übertragbar machen.

Mittlerweile arbeiten sechs entsandte Experten und etwa ein Dutzend lokale Juristen in diesem Vorhaben. Zwischenbilanz: Der Rechtsstaatsdialog zwischen der Bundesrepublik und den drei Kaukasus-Ländern funktioniert ebenso wie ein Dialog zwischen den drei Ländern oder auf nationaler Ebene. Die Gesetzesreformberatung wird im Zusammenspiel mit anderen internationalen Angeboten angenommen, ebenso die umfangreichen Trainings- und Weiterbildungsangebote. Schließlich informieren die GIZ und ihre Partner immer wieder die kaukasische Öffentlichkeit über die Reformfortschritte und fördern so das Vertrauen der Bürgerinnen und Bür-

ger in die Unabhängigkeit der Justiz. Es gibt auch andere Erfolge dieser beharrlichen Arbeit. Im Jahr 2010 ernannte der armenische Staatspräsident mit Hrayr Tovmasjan einen neuen, parteiunabhängigen Justizminister, der nicht aus dem Staatsapparat kommt. Er war zuvor seit Jahren Mitarbeiter im GIZ-Rechtsreformvorhaben in Eriwan und hat jetzt die Chance, an entscheidender Stelle für weitere Schritte in Richtung Rechtsstaat zu sorgen. Auch am Erfolg oder Misserfolg dieser politischen Mission wird sich zeigen, wie ernst es die staatlichen Strukturen mit ihrer Forderung nach Rechtsstaat und internationalen Standards wirklich meinen. ■

» ANSPRECHPARTNER

Zeno Reichenbecher >
zeno.reichenbecher@giz.de

» INTERVIEW

„IM STRAFRECHT GIBT ES NOCH ERHEBLICHE DEFIZITE“



Rudolf Mellinghoff war seit 2001 Richter am Bundesverfassungsgericht, seit November 2011 ist er Präsident des Bundesfinanzhofs

Richterliche Unabhängigkeit ist in den Verfassungen aller drei Kaukasus-Länder garantiert. Ist sie damit schon Realität?

Es sind wichtige Fortschritte gemacht worden. Dennoch ist es nach deutschem Ver-

ständnis irritierend, dass beispielsweise der Präsident eines Gerichts einem Richter Fristen für die Erledigung von Verfahren setzen und die Überschreitung disziplinarisch verfolgen kann. Derartige Maßnahmen dürften mit der richterlichen Unabhängigkeit schwer vereinbar sein; es gibt also noch etwas zu tun.

Welche Rolle können deutsche Richter bei dem Reformprozess übernehmen?

Ausländische Richter können als Berufskollegen mit Richtern im Kaukasus im Gespräch bleiben und den Prozess begleiten. Der professionelle Gedankenaustausch unter praktizierenden Kollegen ist intensiver, als wenn Wissenschaftler theoretisch über die anstehenden Probleme nachdenken.

Können wir deutsche Standards zum alleinigen Maßstab machen? Wir sollten vorsichtig sein, die eigene Sichtweise zum Mittelpunkt unserer Vorstellungen zu machen. Es gibt verschiedene Arten, die richterliche Unabhängigkeit umzusetzen. Die „Bangalore Principles of Judicial Conduct“ liefern einen universellen Standard, der das nötige Mindestmaß an richterlicher Integrität und Unabhängigkeit sicherstellt – aber auch verschiedene Herangehensweisen zulässt.

Die Diskrepanz zwischen den Fortschritten beim Zivil- und Verwaltungsrecht auf der einen und beim Strafrecht auf der anderen Seite ist in den Ländern des Südkaukasus ganz offensichtlich. Wie sehen Sie die Lage beim Strafrecht?

Strafrecht ist ein sehr sensibler Bereich. Menschen- und Bürgerrechte können leicht verletzt werden. Deswegen muss jede Willkür ausgeschlossen werden. Straftaten müssen umfassend untersucht und aufgeklärt werden, eine Anklage der Staatsanwaltschaft muss allein auf verlässlichen Fakten beruhen, die Strafe tat- und schuldangemessen sein und gegenüber allen Tätern nach gleichen Maßstäben vollstreckt werden. Hier gibt es anders als im Zivilrecht noch ganz erhebliche Defizite.

Interview: Rainer Kaufmann



Zwei Mitarbeiterinnen des Mateete Microfinance Co-operative Trust Limited besuchen Landwirt Thadeus Kiggundu auf seiner Plantage.

MIT WENIG GELD VIEL BEWEGEN

Lokale Spar- und Kreditvergabegenossenschaften können Afrikas Bauern den Weg in eine erfolgreiche Zukunft ebnen – vorausgesetzt, die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen stimmen.

Text und Fotos Thomas Veser

Als Herr über eine 44 Hektar große Plantage mit Kochbananenstauden und Kaffeesträuchern zählt Thadeus Kiggundu Kafeero zu den wohlhabenden Bauern in der Gegend um die zentralugandische Landgemeinde Mateete. In seinem Auftreten bescheiden und eher wortkarg, gibt sich Kiggundu schnell als Mann der Tat zu erkennen.

Zurzeit bereitet ihm die Bewässerung der Kochbananenkultur Kopfzerbrechen. Er braucht Pumpen, um seine Pflanzungen zu bewässern – „am liebsten aus Deutschland“. Diese

Geräte aber kosten viel Geld. Geld, das er momentan nicht besitzt. Deshalb möchte Thadeus Kiggundu Kafeero einen Kredit, und den hat ihm der Mateete Microfinance Co-operative Trust Limited in Aussicht gestellt.

Diese ländliche Spar- und Kreditvergabegenossenschaft hat an diesem Tag ein Treffen auf seiner Farm in Zentraluganda vereinbart. Für die 2003 gegründete Genossenschaft, der auch Kafeero angehört, ist der Landwirt längst kein unbeschriebenes Blatt mehr. Er hatte bislang mehrfach kleinere Darlehen erhalten. Da-

mit kaufte er Gerät, Saatgut, Dünger sowie Chemikalien und bezahlte auf diese Weise auch das Schulgeld für seine Kinder.

„Alle Raten kamen stets zum vereinbarten Zeitpunkt“, berichtet Elias Kainamura, der als Chefbuchhalter für das Kreditwesen der Kooperative zuständig ist. Und deshalb sieht die Leitung der Genossenschaft, deren Stammkapital in Höhe von umgerechnet 92.000 Euro von den gegenwärtig rund 4.500 Mitgliedern beigesteuert wurde, gute Chancen, ihm zu seinem bislang größten Darlehen zu verhelfen. »



Von den Mikrokrediten, die der Mateete Microfinance Co-operative Trust Limited vergibt, profitieren Kleingewerbetreibende wie dieser Schneider ganz besonders.

Wenn der Kunde nicht zur Genossenschaft kommen kann, kommt die Genossenschaft zu ihm – eine Mitarbeiterin auf dem Weg zu einem Termin.

Gut 80 Prozent der Einwohner von Uganda, das Winston Churchill seiner landschaftlichen Reize und fruchtbaren Böden wegen begeistert „Perle Ostafrikas“ nannte, leben von der Landwirtschaft. Knapp 70 Prozent der überwiegend familiären Betriebe produzieren aber gerade einmal so viel, wie sie selbst benötigen. Thadeus Kiggundu Kafeero wollte schon immer höher hinaus. In den letzten Jahren konnte er seinen Farmbetrieb kontinuierlich erweitern – dank Darlehen von der Kreditgenossenschaft in Mateete. Heute beschäftigt er ein Dutzend Landarbeiter.

Nähe zum Kunden zahlt sich aus

Bei herkömmlichen Banken hat er nie einen Kredit beantragt. „Ich bin mit den Anforderungen nicht klargekommen, zudem gibt es Banken nur in der Stadt Masaka, die viel zu weit weg ist von meiner Farm“, erklärt er. Für die meisten Genossenschaftler hat der Ort Mateete den Vorteil, dass sie ihn bei Bedarf relativ leicht und schnell erreichen können. Es gibt jedoch auch Mitglieder, die in weit abgelegenen Landstrichen mit schlechten Verkehrsverbindungen leben. Dann begeben sich Mitarbeiter der Genossenschaft per Auto oder Motorrad zu ihren Kunden. Dieser Service wird offensichtlich geschätzt: Nicht nur Bauern und Händler sind der Genossenschaft beigetreten, auch Geschäfts-

leute, Schulen und religiöse Gemeinschaften gehören inzwischen dazu.

Dass die Genossenschaft von Mateete bei den Menschen hoch im Kurs steht, führt Maria Gorreth Naluwo, die in der Kreditüberwachung mitwirkt, vor allem auf den „emotionalen Faktor“ zurück. „Wenn uns die Leute ihre Raten bringen oder Beträge auf das Sparkonto einzahlen, ergibt sich manchmal ganz spontan die Gelegenheit, auch über private Dinge zu reden“, bekräftigt sie. Es geht also nicht nur ums Geschäft. Diese Nähe zur Kundschaft sucht die Kreditgenossenschaft nicht zuletzt, um mit dem weit verbreiteten Misstrauen gegenüber Spar- und Kreditvergabegenossenschaften aufzuräumen.

Auf annähernd 2.000 schätzt GIZ-Mitarbeiter Christian Königspurger, der im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ein Programm zur Finanzsystementwicklung leitet, die Zahl der ländlichen Kreditgenossenschaften in Uganda. Seinen Erfahrungen zufolge wird jedoch lediglich ein kleiner Teil finanz- und banktechnischen Mindeststandards gerecht: „Nur rund ein Dutzend wirtschaften richtig professionell und haben das Potenzial, ihre Mitglieder nachhaltig mit Finanzdienstleistungen zu versorgen.“ Diese sind meist vergleichsweise groß und haben bis zu 15.000 Mitglieder. Problematisch sind laut Königspurger die unzähligen, meist kleinen Kooperativen, die aus politischen Grün-

den entstanden. Um sich die Sympathie potenzieller Wähler zu sichern, statten Politiker sie mit Geld aus. Wer einen Kredit erhält, geht die moralische Verpflichtung ein, den Politiker, der das Geld beschafft hatte, bei Wahlen zu unterstützen. Das Wohlverhalten wird entsprechend honoriert, „indem man es mit der Rückzahlung nicht so genau nimmt“, sagt Königspurger.

Verbindlicher Rechtsrahmen fehlt

Ein weiteres Problem bei personell und technisch unzureichend ausgestatteten Instituten sind Betrugsfälle, bei denen sich die Manager mit den Einlagen der Genossenschaftler über Nacht aus dem Staub machen. Sowohl politische Manipulation als auch Betrug behindern demnach das Entstehen einer soliden Spar- und Kreditkultur. „Die Genossenschaften brauchen neben technischer Unterstützung vor allem einen geeigneten und verbindlichen Rechtsrahmen, der konsequent umgesetzt wird“, bekräftigt Königspurger. Das Programm zur Finanzsystementwicklung arbeitet mit der Zentralbank Ugandas und anderen nationalen Partnern neue Rahmenbedingungen. Dass direkt mit der Zentralbank zusammengearbeitet wird, bringt einen unschätzbaren Vorteil: Erfahrungen, die man in den Basisgenossenschaften gewinnt, können unmittelbar in den Politikdialog mit den staatlichen Entscheidungsträgern einfließen.

Wenn die gesetzlichen Anforderungen steigen, wird auch die Messlatte für die ländlichen Kreditgenossenschaften höhergelegt werden. Wichtig ist dabei, Verbesserungen in allen Bereichen des Geschäftsbetriebs zu erzielen. Nur relativ wenige Genossenschaften werden es schaffen, sich grundlegend zu erneuern. Die erfolgreichen unter ihnen jedoch haben das Potenzial, langfristig entscheidend zum Wohl der benachteiligten Landbevölkerung beizutragen. Diesen Kurs hat die Kooperative in Mateete bereits eingeschlagen. Der Hauptsitz ist nun mit Computern ausgestattet. Weil Strompannen in Uganda zum Alltag zählen, wurde das Dach mit Solarpaneelen ausgerüstet.

Blickt man auf die bisherigen Erfolge der Reformbemühungen auf dem ugandischen Finanzsektor seit 1999 zurück, wird deutlich, dass bereits beachtliche Fortschritte erzielt werden konnten. Seit 2007 verfügt auch Uganda über eine landesweite Kreditauskunftei. Sie wurde nach dem Vorbild der deutschen Schufa durch das südafrikanische Unternehmen Compuscan als eines der ersten Büros dieser Art im östlichen Afrika aufgebaut. Inzwischen sind alle Filialen der Finanzinstitute, die von der Zentralbank beaufsichtigt werden, an das „Credit Reference Bureau“ (CRB) angeschlossen. Bis heute hat man über 400.000 Kundendatensätze erfasst, ihre Zahl steigt. Wie die Schufa soll diese Einrichtung Finanzinstitute vor Kreditausfällen bewahren.

In ihrer jüngsten Erhebung „Doing Business“ hat die Weltbank überprüft, wie sich in einer Gruppe von 183 Ländern der Zugang zu Krediten verändert hat. Belegte Uganda 2010 noch Platz 109, gelang es dem Land, 2011 auf Platz 46 vorzurücken. Es ist demnach deutlich leichter geworden, in Uganda ein Darlehen aufzunehmen. Oftmals dienen die Kredite der Gründung oder Erweiterung von Betrieben, die zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes ihren Beitrag leisten – so wie die Plantage von Thadeus Kiggundu in Mateete. ■

➤ ANSPRECHPARTNER

Christian Königsperger >
christian.koenigsperger@giz.de

UGANDA



➤ LÄNDERINFO

Größe in km²: 236.860
Hauptstadt: Kampala
Einwohner: ca. 32,7 Mio.
Bevölkerungswachstum: 3,5 Prozent jährlich
BIP 2009: ca. 17 Milliarden US-Dollar
BIP pro Kopf 2009: ca. 504 US-Dollar

Quelle: Auswärtiges Amt

AUF EINEN BLICK

- **Finanzsystementwicklung**
- **Auftraggeber:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- **Politischer Träger:** Bank of Uganda
- **Laufzeit:** 1998 bis 2014

2010 hatten rund 70 Prozent der Ugander keinen Zugang zu elementaren Finanzdienstleistungen wie Sparen, Krediten und Zahlungsverkehr. Um dieses große Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Armutsminderung zu überwinden, setzt die Regierung auch auf informelle Mikrofinanzinstitutionen wie Spar- und Kreditgenossenschaften, die insbesondere Frauen und Kleinbauern im ländlichen Raum bedienen. Die GIZ berät in enger Zusammenarbeit mit der KfW Entwicklungsbank die Bank of Uganda bei der Schaffung geeigneter regulatorischer Rahmenbedingungen für Mikrofinanzorganisationen und den breiten Zugang der Bevölkerung zu Finanzdienstleistungen. Eine Reihe von Spar- und Kreditgenossenschaften wird zudem direkt bei der Entwicklung von Finanzprodukten für den Agrarsektor und bei der Qualifizierung von Mitarbeitern beraten sowie bei der Umstellung auf elektronische Systeme unterstützt. Auf nationaler Ebene wird der Dialog zwischen politischen Entscheidungsträgern und dem Privatsektor gefördert. Ein neues Gesetz gestattet zertifizierten Mikrofinanzinstitutionen, private Spareinlagen aufzunehmen. Davon haben bis Ende 2010 mehr als 800.000 Menschen, überwiegend aus ärmeren Bevölkerungsschichten, profitiert. Ein Einlagensicherungsfonds schützt ihr Geld. Eine Kreditauskunftei wiederum unterstützt die Finanzinstitutionen, ihr Risiko im Kreditgeschäft besser zu managen. An zwei Universitäten in Uganda wurden Studiengänge zum Mikrofinanzwesen eingerichtet. Etwa 100 Studierende pro Jahr übernehmen nach ihrem Abschluss verantwortliche Positionen. Ein jährliches „Agricultural Finance Year Book“ für Uganda dokumentiert Erkenntnisse und Erfolge im Finanzsektor und trifft auf immer größeres Interesse in Politik und Privatwirtschaft. International besteht eine enge Zusammenarbeit unter anderem mit der Plattform Making Finance Work for Africa (MFW4A) sowie mit der Alliance for Financial Inclusion (AFI).

- ☞ www.mfw4a.org
- ☞ www.afi-global.org
- ☞ www.bou.or.ug

GEWAPPNET FÜR DIE KATASTROPHE

Aus einem Projekt der Not- und Übergangshilfe nach einem verheerenden Wirbelsturm in El Salvador und Guatemala wurde ein Modell für die Anpassung an den Klimawandel.

Text Toni Keppeler



Wenn es im salvadorianischen San Pedro Masahuat regnet, dann regnet es richtig. Fast fühlt es sich so an, als stehe man unter einem Wasserfall. Fünf Minuten lang ist das angenehm, nach einem tropischen, schwülheißen Tag. Doch schnell wird es gefährlich und Ovidio Rivera wird nervös. Er stellt sein knackendes Funkgerät vor sich auf den Tisch und starrt hinein, als wäre es ein kleiner Fernsehapparat. Rivera ist Leiter des lokalen Notfallkomitees im Ortsteil Tieras de Israel, nahe der Mündung des Río Jiboa in den Pazifischen Ozean. Weiter oben im Tal gehen Männer im strömenden Regen hinaus an den



Fluss, zu den Pegeln am Rand seines Betts. In der Trockenzeit, wenn der Jiboa zu einem Rinnsal verkümmert, stehen die einfachen Säulen aus Stahlbeton weit weg vom Fluss und einige Meter über dem Wasserspiegel. Ihr unteres Drittel ist grün gestrichen, danach kommt ein Drittel gelb und oben sind sie rot. Wenn es richtig regnet, steigt das Wasser schnell an ihnen hinauf.

„Gerade noch im grünen Bereich“, knackt es aus Riveras Funkgerät. Und schon zehn Minuten später: „Gelb und steigend.“ Rivera geht hinüber zur Hütte des lokalen Notfallkomitees. Das auf Stelzen gezimmerte Gebäude ist Einsatzzentrale und Notaufnahmelager in einem. Rivera schaltet die Verstärkeranlage ein und nimmt das Mikrofon. „Achtung! Achtung!“, krächzt es dann aus den Lautsprechern, die in jeder größeren Häuseransammlung der weit zerstreuten Gemeinde auf hohen Eisengerüsten stehen. „Der Jiboa nähert sich der Alarmstufe Rot! In zehn Minuten leiten wir die Evakuierung ein!“ Weit draußen, wo keine Lautsprecher stehen, gehen Männer und Frauen von Hütte zu Hütte und klopfen an die Türen.

Regelmäßige Überschwemmungen

In so gut wie jeder Regenzeit stehen die am Río Jiboa gelegenen Weiler von San Pedro Masahuat wenigstens einmal unter Wasser. Meist passiert das im Zusammenhang mit einem karibischen Hurrikan, der über El Salvador die mitgeführten Wassermassen fallen lässt. Früher gab es dabei stets Tote. Nicht nur Ertrunkene, sondern auch Verschüttete, die vom Geröll herabstürzender Hänge erschlagen oder von Schlammmassen erstickt wurden. Doch seit dem Wirbelsturm Stan von 2005 ist in San Pedro Masahuat kein Mensch mehr wegen einer Naturkatastrophe gestorben. „Schon das allein ist für mich ein großer Erfolg“, sagt Rivera.

Diesen Erfolg schreibt Rivera vor allem dem Projekt „Wiederaufbau und Risikomanagement in Zentralamerika“ zu. Wegen der verheerenden Folgen einer ganzen Reihe von Naturkatastro-

phen hatte die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Jahr 2005 mit der Arbeit in San Pedro Masahuat begonnen. „Ziel war es, Nothilfe mit nachhaltiger Entwicklung zu verbinden“, sagt der Projektverantwortliche Alois Kohler. „Die Opfer sollten nicht nur kurzfristig mit Lebensmitteln und Notunterkünften versorgt werden. Wir wollten auch möglichst schnell ihre wirtschaftliche Basis wiederherstellen – und zwar so, dass sie beim nächsten Unwetter nicht gleich wieder zerstört wird.“

Denn das nächste Mal kommt ganz bestimmt. In El Salvador verwandeln sich extreme Naturereignisse häufiger in Katastrophen als anderswo. Das kleine Land wird regelmäßig von Erdbeben, Tsunamis, Vulkanausbrüchen und Wirbelstürmen heimgesucht. Nach einer Studie des UNO-Büros zur Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) gelten 88,7 Prozent der Gesamtfläche von El Salvador als Risikozonen. Dort leben 95,4 Prozent der Bevölkerung. „Wir können die Menschen also nicht einfach in sichere Gegenden umsiedeln“, sagt Kohler, „weil es die gar nicht gibt.“

Die GIZ-Berater arbeiteten aber nicht nur in San Pedro Masahuat, sondern in einem guten Dutzend Gemeinden, die der Hurrikan Stan 2005 in El Salvador und im benachbarten Guatemala verwüstet hatte. Beide Länder müssen sich auf weitere Katastrophen einstellen, denn Zentralamerika wird in Zukunft zunehmend vom Klimawandel betroffen sein. Eine Untersuchung der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) geht davon aus, dass die Durchschnittstemperatur bis zur nächsten Jahrhundertwende im besten Fall um 1,8 Grad, im schlimmsten um 6,5 Grad steigen wird. Die Niederschläge werden nach dieser Prognose in einigen Regionen um bis zu 30 Prozent abnehmen. Aber sie werden geballter kommen, als sintflutartige Starkregen, die den Río Jiboa schnell über die Ufer treten lassen können.

Höchste Zeit also, „eine Vorsorge-Kultur zu schaffen, die eine Anpassung an die schwierigen Verhältnisse möglich macht“, sagt Kohler. Der traditionelle Anbau von Mais und Bohnen war schon jetzt kaum mehr lohnend. „Warum sollten wir uns abrackern, wenn die ganze Ernte vom >>

< Stützmauern aus alten Autoreifen sichern Hänge, die abrutschgefährdet sind.



❶ Dieses Modellhäuschen wurde auf Stelzen gebaut – eine einfache Möglichkeit, Häuser vor Hochwasser zu schützen. ❷ Überall im Gemeindegebiet stehen Lautsprechermasten. ❸ Mit Hilfe der Lautsprecheranlage können Warnungen schnell durchgegeben werden. ❹ Pegel im Río Jiboa: Erreicht der Fluss den roten Bereich, wird es gefährlich.

Jiboa mitgenommen wird?“, fragt Rivera. Mais und Bohnen werden üblicherweise zu Beginn der Regenzeit gesät und sind dann in der gefährlichen Hurrikan-Saison reif zur Ernte. Kohler und seine Berater empfahlen einen anderen Rhythmus: Ergänzend zu Mais und Bohnen wird schnell reifendes Gemüse angebaut, das zum Ende der Regenzeit ausgebracht wird. „Der Schwemmboden ist dann noch lange feucht.“ Die Familien, die sich auf solche Hausgärten mit Tomaten, Gurken und Rettichen einließen, merken schnell, dass damit mehr Geld zu verdienen war als in einer der umliegenden Nähfabriken.

Viel Ertrag mit alten Maissorten

Auch Mais wird heute in San Pedro Masahuat wieder angebaut. Hier halfen Erfahrungen und Saatgut aus den Projektgemeinden in der guatemalteckischen Provinz Huehuetenango. „Diese Gegend ist wie ein Gen-Zentrum für Mais, Bohnen und Kürbisse“, sagt Kohler. Jeweils über 30 uralte Mais- und Bohnensorten haben sich dort erhalten. Viele von ihnen sind gegen Überschwemmungen und Dürren viel resistenter als das in Zentralamerika verbreitete Hybrid-Saatgut. Auf Saatgutmessen tauschten die Bauern Erfahrungen – und Körner – mit Landwirten aus den Nachbarländern aus. In praktischen Lehrgängen lernten sie wieder, was ihre Vorfahren noch wussten: wie man eigenes Saatgut in großer Vielfalt herstellt und bewahrt. Im Hochland von Guatemala unterstützten die GIZ-Berater die Verbreitung von vorher nur noch selten verwendeten, lokal angepassten Mais-, Bohnen-, Amarant- und Erdnussorten und führten neue Amarant-Sorten aus Peru ein.

Die Felder und Siedlungen im Jiboatal sind heute geschützt. Zwischen dem Fluss und Tieras de Israel haben die Bewohner unter Anleitung einen einfachen Damm gebaut. Abrutschgefährdete Hänge werden von Stützmauern aus Altirefen gesichert. Das ist billig und einfach zu machen. Oben im Tal wurde aufgeforschet, damit der Boden mehr Wasser aufnehmen kann und die Hänge möglichst stabil sind. Vor den Maisfeldern weiter unten bremsen Bambusreihen die Wucht der Fluten. Auch zwei Modellhäuschen auf Stelzen hat das Dorf mit Unterstützung der

GIZ gebaut, um, wie Kohler sagt, „zu zeigen, wie robustere Gebäude aussehen könnten“. An der regenreichen karibischen Küste Zentralamerikas ist diese Bauweise traditionell. Für die Pazifikküste El Salvadors ist es eine Neuheit.

Außerdem wurde eine Risikokarte für die Gemeinde erstellt. In den dort eingezeichneten roten Zonen darf in Zukunft nicht mehr gebaut werden. Allen öffentlichen Bauvorhaben muss ein einfaches Risikogutachten beigelegt sein. Und die Bevölkerung wurde vorbereitet: Nicht nur ihre Lebensmittelproduktion wurde an den Klimawandel angepasst – sie lernte, Risikoanalysen und Risikokarten anzufertigen, organisierte Katastrophenübungen, gründete örtliche Komitees und baute eben auch ein Frühwarnsystem mit Pegeln, Funkgeräten und Lautsprechermasten auf. Es war klar, dass es nicht lange dauern würde bis zum Ernstfall.

Erfolg auf nationaler Ebene

Der kam Ende 2009. Während des tropischen Unwetters Ida fielen über dem Jiboaatal in einer einzigen Nacht fast 600 Millimeter Regen. Wieder gab es in El Salvador über 200 Tote. In San Pedro Masahuat aber keinen einzigen. Auch der Damm vor Tierras de Israel hat gehalten. „Es war fast ein Glücksfall“, sagt Kohler im Nachhinein. „Nach Ida schaute die Politik auf uns.“ Wie konnte das sein? So viel Wasser, aber keine Toten, sondern lediglich überschaubare Schäden? Das Projekt, das zunächst nur als Not- und Übergangshilfe für zwei Handvoll ausgewählter Gemeinden in Guatemala und El Salvador gedacht war, bekam plötzlich nationale Leuchtkraft. In Guatemala hat das Präsidialamt für Ernährungssicherung Amaranth zur strategischen Pflanze gegen die periodisch auftretenden Hungersnöte erklärt. Und in El Salvador wurden Risikokarten wie die, die im Büro des Katastrophenschutzbeauftragten Santos Rodas im Rathaus von San Pedro Masahuat hängt, für alle Gemeinden verbindlich gemacht. „San Pedro Masahuat“, sagt Rodas mit hörbarem Stolz, „wurde zum Modell für das ganze Land.“ ■

ANSPRECHPARTNERIN

Brigitte Reichelt > brigitte.reichelt@giz.de

EL SALVADOR UND GUATEMALA



> EL SALVADOR

Größe in km²: 21.040
Hauptstadt: San Salvador
Einwohner: ca. 6,2 Mio.
Bevölkerungswachstum: 0,32 Prozent jährlich
BIP pro Kopf 2010: 3.423 US-Dollar

> GUATEMALA

Größe in km²: 108.889
Hauptstadt: Guatemala-Stadt
Einwohner: ca. 14 Mio.
Bevölkerungswachstum: 2,5 Prozent jährlich
BIP pro Kopf 2010: 2.840 US-Dollar

Quellen: Auswärtiges Amt, CIA – The World Factbook

AUF EINEN BLICK

- Wiederaufbau und Katastrophenvorsorge in Zentralamerika nach dem Hurrikan Stan
- **Auftraggeber:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- **Partner:** Sozialfonds zur Förderung der lokalen Entwicklung und Stärkung der Gemeinden, El Salvador; Amt des Vizestaatspräsidenten, Guatemala
- **Laufzeit:** 2006 bis 2011

Guatemala und El Salvador sind regelmäßig von Wirbelstürmen, Überschwemmungen, Erdbeben und Vulkanausbrüchen betroffen. Der auch in Zentralamerika zunehmend spürbare Klimawandel verschärft die Situation zusätzlich. Hurrikan Stan hat 2005 mehr als 2.000 Opfer gefordert und Schäden in Höhe von einer Milliarde Dollar angerichtet, Hurrikan Ida verursachte 2009 weitere Schäden. Um zusätzlich zur Nothilfe und dem schnellen Wiederaufbau eine langfristige und nachhaltige Entwicklung in Gang zu setzen, stellte die GIZ – basierend auf dem Konzept der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe – in insgesamt 21 Gemeinden in El Salvador und Guatemala auch die zerstörten land- und forstwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen wieder her. Zur Verringerung der Anfälligkeit gegenüber zukünftigen Bedrohungen wurden Saatgut und Nahrungsmittel bereitgestellt, vor allem aber die vorherrschende Bodennutzung um den Anbau von Obstbäumen, Kaffee und Forstpflanzen ergänzt und Terrassen und Schutzstreifen zur Bodenkonservierung angelegt. Für einzelne Dörfer wurden Risikoanalysen und -karten erstellt, Frühwarnsysteme gegen Überflutungen und Hangrutschungen eingerichtet, Katastrophenschutzübungen durchgeführt und örtliche Notfallkomitees aufgebaut. Nach entsprechender Ausbildung hat die örtliche Bevölkerung die Verantwortung für die Schutzsysteme übernommen. Die örtlichen Schutzkonzepte sind mit regionalen und nationalen Nothilfesystemen abgestimmt. Bislang haben in El Salvador und Guatemala 20.000 Familien mit insgesamt 120.000 Mitgliedern direkt vom Projekt profitiert.



Mamta Marwah hat den GIZ-International-Services-Standort in Delhi mit aufgebaut.

BESUCHT

MIT LEIDENSCHAFT AM WERK

ES GEHT HOCH HER beim Mittagessen im Büro von GIZ International Services (GIZ IS) in Delhi. Vier Deutsche diskutieren mit indischen Kolleginnen und Kollegen über die Rechte der Frauen in einer stark von Männern dominierten Gesellschaft wie Indien. Eine Kollegin, die mit funkelnden Augen ihre Meinung vertritt, ist Mamta Marwah. Sie ist eine erfolgreiche indische Frau: Als Verwaltungsleiterin bei GIZ IS in Delhi führt sie ein siebenköpfiges Team. Mamta hat an der Universität in Delhi studiert, ist verheiratet, hat zwei Kinder und arbeitet seit 2007 bei der GIZ. Neben der Arbeit lernt sie am Goethe-Institut in Neu-Delhi Deutsch. In einem kleinen Team mit zwei Kollegen hat sie zusammen mit Hans-Hermann Dube, Regionaldirektor für Südasien, Südostasien und China, das IS-Büro in Delhi aufgebaut und im Oktober 2008 eröffnet. Für sie rückblickend die größte Herausforderung bei der GIZ: „Dagegen war die Namensänderung von GTZ in GIZ zu Beginn dieses Jahres ein Kinderspiel.“ Als besonders motivierend empfindet Mamta den Freiraum, den sie in ihrer täglichen Arbeit erhält. „Man kann hier seine Meinung sagen und eigenständig Projekte verwirklichen“, sagt sie - und da ist es wieder, das Funkeln in ihren Augen.

Hanna Schulze besuchte Mamta Marwah in Delhi.



Indien hat rund 1,2 Milliarden Einwohner. In dem Vielvölkerstaat gibt es 23 offiziell anerkannte Sprachen. Indien ist eine Demokratie und seit 1947 von Großbritannien unabhängig.



Mamta Marwah mit Hanna Schulze im GIZ-IS-Büro in Delhi.

WAS IST BEIM EINKAUF GOLD WERT?

Qualität, Rohstoffverbrauch, faire Produktionsbedingungen: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GIZ erzählen, was ihnen beim täglichen Einkauf wichtig ist.

1

RENATE MENGLER,
Teamleiterin des
Produktmanagements
„International Leadership
Training“



Dass „Nicht kaufen“ auch eine Option ist

Für mein Geld möchte ich Qualität plus sozial- und umweltverträgliche Produktion und einen nachhaltigen Produktzyklus. Das erschwert die Kaufentscheidung, denn Verbrauchersiegel betrachten meist Einzelaspekte. „Nicht kaufen“ ist dann auch eine Option.

JENS KUNISCHEWSKI,
Entwicklungshelfer, in-
stitutionelle Stärkung
von Basisorganisationen
in Boca do Acre, Bra-
silien



Die bewusste Entscheidung für lokale Produkte

Für mich sind lokale Produkte Gold wert, weil ich sie bewusster konsumiere. Wenn die Rinderzucht, wie hier in Boca do Acre, zur Entwaldung am eigenen Wohnort beiträgt, gewinnt die Entscheidung zwischen einer Gemüselasagne und einem Steak lokalpatriotische Bedeutung.

2

3

RAIMUND
RIEFENSTAHL,
Controller und Koordi-
nator im Bereich „Zu-
sammenarbeit mit der
Wirtschaft“



Produkte, die ohne unnötige Verpackung auskommen

Rohstoffe sind ein knappes Gut. Mich ärgern unnötige Verpackungen und der dadurch entstehende Müll. Ich bevorzuge recycelte Produkte. Auch Dumpingpreise, die auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter gehen, ärgern mich. Für gute Produkte zahle ich gern faire Preise.

ZAKIA CHLIHI,
Juniorfachkraft für
Kommunikation im
Personal- und Sozial-
bereich der GIZ



Faire Arbeitsbedingungen im Laden

Mir ist es besonders wichtig, wo ich hingehere. Supermärkte und Kaufhäuser mit unfairen Arbeitsbedingungen möchte ich durch meinen Einkauf nicht zusätzlich belohnen. Für mich ist das eine Frage der Solidarität mit den jeweiligen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen.

4

5

ANNA RAU
arbeitet seit 2007 bei
der GIZ und unter-
stützt die Umsetz-
ung von Kinder- und
Jugendrechten.



Guter Geschmack ohne Nachteile für die Umwelt

Beim Einkaufen von Lebensmitteln ist es mir Gold wert, Produkte zu kaufen, die auch nach etwas schmecken und umweltschonend produziert wurden. Deswegen kaufe ich frische Biolebensmittel, in der Hoffnung, dass, wo Bio draufsteht, auch Bio drin ist. Leider lege ich diese Sorgfalt beim Kauf von Kleidern noch nicht an den Tag.

DIE GANZE WELT IN DER HAND

Arbeiten im Ausland ist spannend und lehrreich. Erste Anlaufstelle für Interessierte ist die Informations- und Beratungsstelle (IBS) in Bonn. Sie informiert über Programme der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Ausland.

Text Maria Kalina



Ein Praktikum in Spanien, Training-on-the-job in den USA oder ein Praxisaufenthalt in China – den Möglichkeiten, Auslandsfortbildungen zu absolvieren, sind kaum Grenzen gesetzt. Erste Anlaufstelle für Auslandsinteressierte ist häufig die Informations- und Beratungsstelle (IBS), die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) in Bonn arbeitet. Sie ist die zentrale deutsche Servicestelle für internationale Qualifizierung von Nachwuchskräften und steht Auszubildenden, Berufsanfängern und Studenten mit Rat und Tat zur Seite, wenn sie jenseits der heimischen Grenzen Praxiserfahrung sammeln wollen. Denn Auslandsaufenthalt ist nicht gleich Auslandsaufenthalt: „Auf die Qualität der Weiterbildung kommt es an“, sagt Jolanthe Marx, Mitarbeiterin in der IBS. „Wichtig ist, genau das Angebot zu finden, das zum Profil des Interessenten passt.“

Hilfreiche Tipps und Informationen

Das Spektrum der IBS ist breitgefächert: Sie hilft, das richtige Qualifizierungsprogramm zu finden, berät über Finanzierungsmöglichkeiten und gibt Tipps zur Vorbereitung auf das Gastland. Zusätzlich ist die IBS auf zahlreichen Bildungsmessen präsent und informiert auch bei Kongressen, Tagungen oder Informationsveranstaltungen über Weiterbildungsmöglichkeiten in aller Welt. Das Expertenteam der Beratungsstelle unterstützt darüber hinaus Multiplikatoren, Unternehmen und Einrichtungen der Wirtschaft bei der Planung von Austauschmaßnahmen und Fortbildungsprojekten im Ausland. Ein Angebot, das gerne angenommen wird, denn die Entwicklung einer internationalen Personalpolitik ist oft bereits Teil von Unternehmensstrategien. Außerdem trägt der Austausch mit dem Ausland zum Aufbau neuer Geschäftskontakte und zur internationalen Vernetzung bei.

Einen Überblick über deutsche und internationale Qualifizierungsprogramme bietet die jährlich aktualisierte Broschüre „Weiterbildung ohne Grenzen“. Sie enthält rund 170 Programme von 80 Anbietern und ist in der IBS gebührenfrei erhältlich. Die Angebote zur beruflichen

Weiterbildung in aller Welt sind auch im Internet als Datenbank abrufbar. Weitere Broschüren zu einzelnen Ländern geben zahlreiche Tipps und Informationen zu Organisation, Bewerbungsmodalitäten und Alltag im Gastland. Infolisten, beispielsweise zu Sprachreisen, Austauschprogrammen für Schüler oder Auslandsaufhalten für Studenten, bieten eine Fülle von Kontaktdaten, Praktikabörsen und Internetplattformen und runden das Publikationsangebot ab. Zur Verbreitung aktueller Informationen sowie zum Austausch mit jungen Ziel-

gruppen nutzt die IBS auch diverse Social-Media-Plattformen wie Facebook unter dem Motto „Da sein ist anders“.

Wer sich entschlossen hat, im Ausland weiterzulernen, bereut es meist nicht: Fremdsprachenkenntnisse, kulturelle Kompetenz, Einblick in unbekannte Arbeitswelten, Offenheit und Toleranz sind nur einige Pluspunkte, die junge Menschen aus dem Ausland wieder mitbringen. Für das persönliche Vorankommen sind das wichtige Fähigkeiten. Doch auch für Arbeitgeber lohnt es sich, Auslandsaufent- »

» INTERVIEW

„WELTOFFENHEIT IST UNS WICHTIG“



Martin Kaeß ist bei der Lindauer Dornier GmbH Ausbildungsleiter für technische Berufe.

Herr Kaeß, warum nimmt Dornier an dem deutsch-norwegischen Azubi-Austauschprogramm GJØR DET teil?

Wir sind ein mittelständisches Unternehmen, das seine Produkte – Webmaschinen und Folienrechanlagen – zu über 80 Prozent exportiert. Mit GJØR DET haben wir die Möglichkeit, unsere Azubis nicht nur fachlich weiterzubilden, sondern auch in höchstem Maße persönlich.

Warum halten Sie Auslandsaufenthalte von Mitarbeitern auch bereits in der Ausbildung für wichtig?

Wir sehen in Auslandsaufhalten eine sehr gute Möglichkeit, unseren Mitarbeitern den Umgang mit anderen Kulturen und Weltanschauungen nahezubringen. Da wir sehr exportlastig aufgestellt sind, ist es notwendig, weltoffene und tolerante Mit-

arbeiter zu bekommen. Und die Azubis werden selbstständiger, da sie nicht nur in einem neuen Arbeitsumfeld unterwegs sind, sondern auch alltägliche Dinge regeln müssen.

Inwieweit profitiert Ihr Unternehmen von dem Wissen, das die Azubis aus dem Ausland wieder mitbringen?

Wir profitieren dadurch, dass die Auszubildenden neue und andere Techniken zur Arbeitserledigung kennenlernen und diese dann auch bei uns in der Firma anwenden. Auch das gesteigerte Selbstvertrauen ermöglicht den Auszubildenden, in Teamarbeit ihre Sichtweise von Problemlösungen darzustellen und umzusetzen.

Welchen Mehrwert haben internationale Kompetenzen von Mitarbeitern für Ihr Unternehmen?

Der Mehrwert besteht darin, dass wir nicht nur fachlich, sondern auch durch unser Auftreten unsere Kunden langfristig an uns binden können. Zudem erhöhen wir unsere Attraktivität als Arbeitgeber, da wir nicht nur lehren, sondern den Auszubildenden auch den Freiraum zur Entwicklung gerade solcher Kompetenzen lassen.

halte ihrer Beschäftigten zu fördern. Für die exportorientierte deutsche Wirtschaft mit ihren weltweit agierenden Firmen sind internationale Qualifikationen und grenzüberschreitende Lebenserfahrung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein wertvoller Wettbewerbsvorteil.

Das bestätigt auch Hubert Gugel, Ausbildungsverantwortlicher bei der Carl Zeiss AG in Oberkochen. Das Unternehmen entsendet regelmäßig Auszubildende im Rahmen eines bilateralen Austauschprogramms in die Niederlande. „Wir sind ein international operierendes Unternehmen, da müssen wir auch bei der Ausbildung schon über den Tellerrand blicken. Wir lernen von den Niederländern, und sie lernen von uns“, so sein Fazit.

Offene Märkte und Grenzen sowie internationale Vernetzungen erleichtern es, nahe und ferne Länder im Rahmen von Bildung und Ausbildung zu erkunden. Für weltoffene Menschen ist es die Chance, von- und miteinander zu lernen, sich persönlich weiterzuentwickeln und fachliches Wissen auszubauen. „In

einem Land, das allein mit neun europäischen Nachbarn und fünf Sprachräumen gemeinsame Grenzen hat, sollte Auslandserfahrung zum Normalfall der Berufsbiografie werden“, meint Kuni Richter, ehemalige Leiterin der GIZ-Abteilung „Internationale Berufliche Mobilität“.

Für dieses Ziel wird sich die IBS auch in Zukunft einsetzen und weiterhin Schüler, Auszubildende, Studenten und Berufstätige dazu ermuntern, im Ausland neue und unbekannte Horizonte zu entdecken. ■

► ANSPRECHPARTNERIN

Jolanthe Marx ► jolanthe.marx@giz.de

☞ www.da-sein-ist-anders.de

► DIE INFORMATIONS- UND BERATUNGSSTELLE (IBS)

Die IBS arbeitet seit ihrer Gründung 1987 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Sie ist einer der größten Anbieter von Informationen für berufliche Fortbildung im Ausland und Mittler zu allen wichtigen Austauschorganisationen. Mehr als eine Million Interessenten hat inzwischen die Services der IBS genutzt. Über die Hälfte der Anfragen kommen von jungen Berufstätigen, Studierende folgen mit rund einem Drittel. Auszubildende machen ein Zehntel aller Interessierten aus. Europa und Nordamerika sind die beliebtesten Zielregionen, dicht gefolgt von Asien sowie Australien und Neuseeland.

☞ www.giz.de/ibs



LITERATURTIPPS

LITERATUR AUS ALLER WELT



GEDICHTE aus Simbabwe. Chirikure Chirikure ist einer der wenigen Dichter, die in einer afrikanischen Sprache schreiben und trotzdem international wahrgenommen werden. Ein mehrsprachiger Band (Shona, Englisch und

Deutsch) voller rhythmischer Gedichte, deren Thematik von Mythen bis zu Maschinengewehren reicht; eine Stimme, die eigen und anders ist. *Ilja Trojanow, Schriftsteller, Übersetzer und Verleger*

Chirikure Chirikure: Aussicht auf eigene Schatten. Gedichte. Dreibsprachige Ausgabe. Aus dem Englischen von Sylvia Geist. Verlag Das Wunderhorn. ISBN: 978-3884233689



DER MORD an dem guatemaltekischen Bischof Juan Gerardi im Jahr 1998 war für Francisco Goldman der Anlass, ein politisches Verbrechen Faser für Faser zu sezieren. Methodisch als investigativer Journalismus, inszeniert mit

literarischen Mitteln. Am Ende steht das große, bitter-komische absurde Theater, die Realität als Groteske.

Thomas Wörtche, Literaturkritiker und Krimikexperte

Francisco Goldman: Die Kunst des politischen Mordes. Roman. Aus dem Englischen von Roberto de Hollanda. Rowohlt Verlag. ISBN: 978-3498025076



DURBAN, SÜDAFRIKA: Der indischstämmige Arzt Arif wurde ermordet. War er den Obrigkeiten des Landes ein Dorn im Auge, weil er einen afrikanischen Virusstamm von Aids erforscht hatte? Formal ein Krimi, liefert „Gezeitenwechsel“ eine Innensicht in ein Land im

Umbruch: Denn Coovadia erzählt von Themen wie Rassismus, von Aids und Organhandel.

Claudia Kramatschek, Autorin und Literaturkritikerin

Imraan Coovadia: Gezeitenwechsel. Roman. Aus dem Englischen von Indra Wussow. Verlag Das Wunderhorn. ISBN: 978-3884233719

👉 www.litprom.de litprom – Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika hat die Rezensionen für akzente bereitgestellt. Sie sind der Bestenliste „Weltempfänger“ von litprom entnommen.

GIZ-PUBLIKATIONEN

Diese aktuellen Publikationen stehen im Internet kostenlos zum Download oder Bestellen bereit.

👉 www.giz.de/publikationen



Von Berggöttern und wildem Reis. Agrobiodiversität als Lebensgrundlage - Anregungen aus China. Jörn Breiholz, Tanja Plötz und Dr. Thora Amend. Erhältlich in Deutsch und Englisch.



Programme für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft. Manual. Christian Görg, Marike Schumacher, Ingrid Hack et. al. Erhältlich in Deutsch und Englisch.



Stakeholder-Dialoge. Manual. Christian Görg, Marike Schumacher, Judith Kohler, Johannes Herde et. al. Erhältlich in Deutsch und Englisch.



Recovering resources, creating opportunities - introducing the informal sector into solid waste management. Ellen Gunsilius, Sandra Spies, Sofía García-Cortés et. al. Erhältlich in Englisch.



Entwicklung ländlicher Räume: Von Bewährtem lernen - Neues entwickeln. Erfahrung der Entwicklungszusammenarbeit in vier Kontinenten. Dr. Dieter Nill. Erhältlich in Deutsch.



Die ägyptische Autorin Mansura Eseddin (links) und der irakische Schriftsteller Abbas Khider lesen bei den Arabischen Literaturtagen aus ihren Werken.

ARABISCHE LITERATUR IM AUFBRUCH?

ARABISCHE LITERATURTAGE. Seit dem Beginn der tunesischen Jasminrevolution im Dezember 2010 ist die arabische Welt im Aufbruch. Der Ausgang des „Arabischen Frühlings“ bleibt offen. Die rasanten Entwicklungen im Nahen Osten und in Nordafrika werden jedoch sicherlich auch das Gesicht der arabischen Literatur verändern. Die litprom-Bestenliste „Weltempfänger“ präsentiert am 20. und 21. Januar 2012 die Arabischen Literaturtage in Frankfurt. Bei der Veranstaltung wer-

den arabische und deutsche Autoren, Übersetzer, Literaturwissenschaftler und Literaturkritiker das neue Verhältnis von Literatur und Politik hinterfragen. Wie interagieren Literatur, Gesellschaft und Politik in dieser Umbruchphase? Schreiben arabische Autoren nach der Revolution freier als zuvor? Welchen subversiven Beitrag hat Literatur im Vorfeld der Aufstände geleistet? Literaturschaffende diskutieren darüber hinaus, welche Rolle Literatur für kulturellen und politischen Wandel

spielen kann und welche Antworten der Westen hat. Ein vielfältiges kulturelles Rahmenprogramm ergänzt die Literaturtage.

Veranstaltung: Arabische Literaturtage in Frankfurt: Aufbruch in die Freiheit? Literarisches Schreiben nach dem Arabischen Frühling 2011

Ort: Literaturhaus Frankfurt am Main

Zeit: 20. und 21. Januar 2012

☞ www.litprom.de

VORSCHAU

akzente-Ausgabe 01/2012

POLITISCHE TEILHABE. Von aktiven und mündigen Bürgern lebt jede Zivilgesellschaft und jede Demokratie. Eine lebendige Zivilgesellschaft ist auch ein Zeichen von Good Governance, von guter Regierungsführung. Und Good Governance ist eine wichtige Voraussetzung für menschliche Entwicklung und den Erfolg von Armutsbekämpfung und Friedenssicherung. Die Förderung von Good Governance ist daher ein zentrales Anliegen der internationalen Zusammenarbeit und damit ein wichtiges Handlungsfeld der GIZ. Die Zivilgesellschaft zu stärken, ist dabei ein wichtiges Mittel, weil sie Good Governance fördert – und damit auch wieder Entwicklung. Mehr zu den komplexen Zusammenhängen rund um dieses Thema lesen Sie in der nächsten akzente-Ausgabe.



FOTOS: GIZ/MICHAEL TSEGAYE; UNIONSVERLAG; JAKOB STEDEN

AUTOREN UND FOTOGRAFEN DIESER AUSGABE



Petra Hannen beleuchtet für *akzente* die Zusammenhänge zwischen Ressourcen und Entwicklungszusammenarbeit. www.satzblei.de



Maria Kalina ist Mitarbeiterin der GIZ in der Informations- und Beratungsstelle (IBS) in Bonn.



Rainer Kaufmann arbeitet seit mehr als 20 Jahren als TV-Journalist, Buchautor und Unternehmer im Kaukasus.



Michael Kegler arbeitet als Übersetzer, Journalist und Literaturkritiker. Er übersetzt unter anderem die Werke von José Eduardo Agualusa.



Toni Keppeler ist freier Journalist. In dieser Ausgabe von *akzente* berichtete er über den Katastrophenschutz in Lateinamerika. www.latinomedia.de



Markus Kirchgessner ist freier Fotograf und hat für diese Ausgabe José Eduardo Agualusa porträtiert. www.markus-kirchgessner.de



Gabriele Rzepka ist freie Journalistin. Sie schreibt seit vielen Jahren über entwicklungspolitische sowie technische Themen.



Hanna Schulze ist Mitarbeiterin der GIZ und schrieb das Porträt über die GIZ-Verwaltungsleiterin Mamta Marwah in Delhi.



Britta Siebert ist als Art Directorin bei muehlhausmoers kommunikation tätig und hat die Titelgeschichte illustriert.



Holger Thomsen ist Mitarbeiter der GIZ-Unternehmenskommunikation am Standort Brüssel. Er interviewte EU-Kommissar Andris Piebalgs.



Thomas Veser ist Angehöriger des Pressebüros Seegrund in St. Gallen. Er berichtet vor allem über Themen aus Afrika. www.seegrund.ch

IMPRESSUM

AKZENTE

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Sitz der Gesellschaft: Bonn und Eschborn

• Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn, Tel.: +49 228 44 60-0, Fax: +49 228 44 60-17 66

• Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, 65760 Eschborn, Tel.: +49 61 96 79-0, Fax: +49 61 96 79-11 15

Dorothee Hutter, Unternehmenskommunikation

E-Mail: akzente@giz.de

Internet: www.giz.de/akzente

Verantwortlich: Daniele Lovens, Leitung Öffentlichkeitsarbeit (GIZ)

Inhaltliche Konzeption und Redaktion:

Wolfgang Barina (verantwortlich), Daniele Lovens, Carola Ritzenhoff, Dr. Felix Sommer (GIZ); Karsten Fiehe, Dagmar Puh (muehlhausmoers kommunikation)

Gestalterische Konzeption: Claudia Becker, Sumi Teufel (GIZ)

Lektorat: textschrittmacher, Lübeck

Art Direktion: Sabine Schiemann (muehlhausmoers kommunikation)

Produktion: muehlhausmoers kommunikation, Köln

Lithografie: purpur, Köln

Druck: Heinrich Fischer Rheinische Druckerei GmbH, Worms

Papier: Arctic Volume, nach FSC-Standard zertifiziert

Kartenmaterial: GIZ/Ira Olaleye

Die kartografische Darstellung dient nur dem informativen Zweck und beinhaltet keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten. Die GIZ übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit oder Vollständigkeit des bereitgestellten Kartenmaterials. Jegliche Haftung für Schäden, die direkt oder indirekt aus der Benutzung entstehen, wird ausgeschlossen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle nicht gekennzeichneten Bilder: GIZ

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Erscheinungsdatum der vorliegenden Ausgabe:

Dezember 2011

ISSN: 0945-4497

akzente wurde 2011 mit einem Mercury Award in Gold und einem Fox Award in Gold sowie 2010 mit einem Best of Corporate Publishing Award in Silber ausgezeichnet.





Bei der Aufbereitung mineralischer Rohstoffe fallen Rückstände an, die langfristig sicher gelagert werden müssen. Schlammige Rückstände werden, wie hier im US-Bundesstaat Utah, in sogenannte Bergeteiche gepumpt. Diese Auffangbecken sind den Einflüssen der Natur ausgesetzt – etwa Regenfällen. Um Umweltschäden zu vermeiden, sind viel fachliches Know-how und klare gesetzliche Richtlinien wichtig.